

FLZ Nr.4-2020
Jahrgang 41
November 2020



ZEITUNG FÜR KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN IM SOZIAL-, ERZIEHUNGS- UND BILDUNGSBEREICH



Arbeitszeit und Arbeitsbelastung von Lehrkräften an Frankfurter Schulen 2020

Die Studie wurde vom 10. Februar bis zum 8. März 2020 an Frankfurter Schulen im Auftrag des GEW Bezirksverbands Frankfurt und der GEW Hessen von der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften der Universität Göttingen unter ihrem Leiter Frank Mußmann durchgeführt. Teilgenommen haben 1.477 Lehrkräfte an 69 Schulen und 150 MultiplikatorInnen. Eine starke Gemeinschaftsleistung! (Siehe Seite 2 und 3 sowie die Beilage)

Landeshaushalt 2021

Massive Versäumnisse im Schulbereich – GEW Hessen fordert Ausgabenoffensive

Die GEW hat der Hessischen Landesregierung massive Versäumnisse im Schulbereich vorgeworfen, die angesichts der Corona-Krise besonders spürbar werden. Die GEW-Vorsitzenden Maike Wiedwald und Birgit Koch forderten heute in Frankfurt eine Ausgabenoffensive, um die bestehenden Mängel abzustellen.

Jenseits der Belastungsgrenze

Birgit Koch verwies auf die hohe Belastung der Schulen durch die Corona-Krise: „Uns erreichen viele Berichte von Kolleginnen und Kollegen, dass sie jenseits der Belastungsgrenze arbeiten. Die Zustände in den Schulen sind nicht akzeptabel. Jetzt macht sich der Personalmangel besonders schmerzhaft bemerkbar. Wir treten seit Jahren für kleinere Klassen, mehr Lehrkräfte und pädagogisches Personal ein.“

Mangel an Grundschullehrkräften – Verweigerung von A-13

Ein besonders großer Mangel an ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern herrscht im Grundschulbereich. Soll sich dies ändern, dann muss das Land Hessen – wie viele andere Bundesländer auch – die Grundschullehrkräfte endlich nach A13 bezahlen.“

Erhebung des Investitionsbedarfs überfällig

Maike Wiedwald verwies auf bestehende bauliche Mängel im Schulbereich: „Wir brauchen endlich eine Erhebung des Investitionsbedarfs an den Schulen. Hier ist das Land gefordert. In Thüringen hat die Landesregierung den Investitionsstau im Schulbereich erhoben, während Kultusminister Lorz den Kopf in den Sand steckt und sich für nicht zuständig erklärt. Wir brauchen Schulen, die den höchsten hygienischen Standards genügen, und die großzügig und modern geplant sind.“

Lüftungsgeräte für Schulen und Kitas

Kurzfristig müssen ausreichend viele Lüftungsgeräte angeschafft werden – dabei sollte aber nicht nur an die Schulen, sondern auch an die Kitas gedacht werden!“

Aus der Presseerklärung vom 11. November 2020



A 13 – Gleichstellung der überwiegend weiblichen Lehrkräfte mit allen anderen Lehrkräften in Hessen! Die GEW Hessen hat erneut zum Aktionstag „A 13 für alle!“ am Freitag, dem 13. November 2020, aufgerufen. Freitag, der 13. November, ist der Tag, an dem die Bezahlung von Grundschullehrkräften endet, vergleicht man sie mit der Bezahlung der Lehrkräfte an allen anderen Schulformen in Hessen.



Tarifaufeinanderersetzung Öffentlicher Dienst. Die Tarifaufeinanderersetzung für Bund und Kommunen ist am 25. Oktober 2020 mit einem Tarifaabschluss beendet worden. Das Ergebnis verführt nicht zu Jubelsprüngen und wäre ohne die schwierigen Bedingungen der Corona-Pandemie für die Beschäftigten inakzeptabel. Zu anderen Zeiten wäre dem Verhalten der Arbeitgeber mit einer Ausweitung der Arbeitskämpfmaßnahmen begegnet worden.

Seite 11

Steht inzwischen alles im Zeichen von Corona?

Vieles ja, schon aufgrund von Dringlichkeit und Notwendigkeit. Dies soll auch nicht zu kurz kommen. Dennoch: Es gibt viele weitere Themen, die ebenfalls nicht aus den Augen gelassen werden dürfen.

Das, was wir derzeit in Bildungseinrichtungen erleben, ist ja gerade die Verdeutlichung der durch Unterfinanzierung verursachten Krise im Bildungsbereich durch die Auswirkungen der Pandemie. Gäbe es kleinere Gruppen, bräuchte es keine Forderung nach einem Wechselmodell. Gäbe es gute räumliche Ausstattungen, wäre auch der Gesundheitsschutz im Hinblick auf die Pandemie besser umzusetzen.

Und auch noch das: Wären die Beschäftigten im Bildungsbereich nicht schon vorher durch überhöhte Arbeitszeiten und daraus folgender Arbeitsverdichtung höchstbelastet, wäre vielleicht auch die jetzt akut entstehende zusätzliche Mehrbelastung besser zu bewältigen.

Und schließlich: Hätte die Landesregierung auf die GEW gehört und den Schulen eine entsprechende Lehrkräftereserve zugewiesen, wäre manches erträglicher.

Vor diesem Hintergrund ist auch und gerade die Veröffentlichung und Thematisierung der Studie zur Arbeitszeit und Arbeitsbelastung von Lehrkräften an Frankfurter Schulen von Bedeutung. Hier zeigt sich nämlich, wie hoch die Belastung bereits vor Corona war. Aus diesem Grund haben wir zentrale Ergebnisse in einer Beilage zu dieser FLZ thematisiert.

Darüber hinaus werden wir in dieser und den nächsten Ausgaben auch spezielle Themen genauer beleuchten, diesmal die Lage an den Schulen mit besonderen sozialen Herausforderungen. Ein wichtiges Thema für Frankfurt, aber eben auch für die Bildung insgesamt.

Und ein weiteres wichtiges Thema wollen wir nicht aus den Augen verlieren. Die schlechtere Bezahlung von Grundschullehrkräften. Auch hier wirkt sich der daraus resultierende Mangel an ausgebildeten Grundschullehrkräften direkt krisenhaft aus. Für den Kultusminister scheint dies kein Problem, die Bezahlung sei doch angemessen. Auch dazu noch ein kleines Schlaglicht aus der Studie: Dies sehen die Grundschullehrkräfte deutlich anders!!! Bei der Kategorie „Einkommen“ aus dem DGB-Index Gute Arbeit wurde bei den teilnehmenden Grundschullehrkräften gerade mal ein Wert von 43 erhoben, was deutlich im Bereich der „Schlechten Arbeit“ und somit auch signifikant unter dem Wert anderer Schulformen liegt.

Aus diesen Gründen gilt für uns weiterhin: Bildung braucht bessere Bedingungen! Das gilt vor, während und nach Corona. Wir bleiben dran!

Laura Preusker
und Sebastian Guttman





Arbeitszeit und Arbeitsbelastung von Lehrkräften an Frankfurter Schulen 2020

Belastung von Lehrkräften an Schulen mit besonderen sozialen Herausforderungen

In der Studie wurden zunächst Werte für die Belastung aller teilnehmenden Lehrkräfte nach der Bewertung des „DGB-Index Gute Arbeit“ erhoben.

Zur Kurzinformation: Der „DGB Index Gute Arbeit“ bewertet anhand von Fragen unterschiedliche Aspekte von Arbeiten mit einer Wertung zwischen 0 und 100, wobei 100 den besten Wert darstellt.

Im Teilindex „Belastungen“ weist die Studie einen Wert von 31 auf, was deutlich im Bereich der „Schlechten Arbeit“ liegt. Dies wird durch höhere Werte im „Teilindex Ressourcen“ und „Teilindex Einkommen/Sicherheit“ insofern ausgeglichen, dass noch ein Gesamtergebnis von 53 dabei herauskommt, was noch knapp im Durchschnittsbereich, allerdings dicht an der Grenze zu „Schlechten Arbeit“ liegt. Außerdem wurde mit dem Burnout-Index das Maß der psychischen Beanspruchung der teilnehmenden Lehrkräfte erhoben. Hier wurde ein im Vergleich zu anderen Befunden sehr hoher Wert festgestellt. (Grafik 1)

Gleichzeitig wurde in der Studie auch untersucht, wie sich die Arbeitsbelastung an Schulen mit besonderen sozialen Herausforderungen darstellt und wie sich die Werte von denen der Lehrkräfte an anderen Schulen unterscheidet.

Durch Befragung der Multiplikator*innen konnten unter Berücksichtigung weiterer Daten hier eine Einschätzung dazu getroffen werden, ob eine Schule besondere soziale Herausforderungen aufweist.

Etwa 30 Prozent der teilnehmenden Schulen fielen in diese Kategorie, also jede dritte Schule! Bei

den teilnehmenden Gesamtschulen waren es sogar 62%. (Grafik 2)

Beim Vergleich der einzelnen Indexwerte der Schulen mit besonderen Herausforderungen mit den anderen Schulen zeigt sich, dass sowohl beim Teilindex Belastungen als auch beim Teilindex Ressourcen die Zahlen signifikant niedriger sind. Bei dem, was bei der Arbeit unterstützend wirkt (Teilindex Ressourcen) ist die Differenz noch einmal deutlich größer. (Grafik 3)

Da verwundert es auch nicht, dass Lehrkräfte an Schulen mit besonderen sozialen Herausforderungensignifikant höhere Burn-Out-Werte aufweisen. (Grafik 4)

Wer es noch etwas genauer wissen möchte, sollte die Kapitel 2.5.5 (S. 68 ff) und 8.4 (S. 199 ff) der Studie lesen (<https://www.gew-hessen.de/themen/arbeitsbelastung/>).

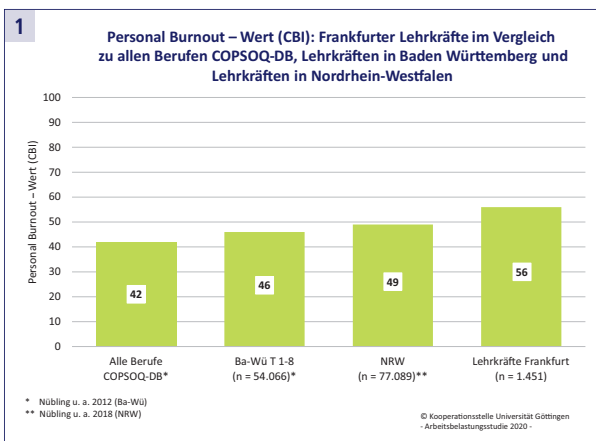
Fazit

Da etwa ein Drittel der Frankfurter Schulen besondere soziale Herausforderungen aufweisen, ist dieses Thema für Frankfurter Lehrkräfte relevant. Die Studie zeigt deutlich, dass die Belastungen als höher und die Unterstützung als noch weniger ausreichend als an anderen Frankfurter Schulen empfunden wird. Der Grad der psychischen Erschöpfung ist signifikant höher als der an den Schulen ohne besondere soziale Herausforderungen. Hier sollte bedacht werden, dass bereits der Durchschnittswert von 56 deutlich über den in anderen Studien erhobenen Werten liegt.

Offensichtlich reicht die bisherige Ausstattung und Unterstützung nicht aus, die besonderen sozialen Herausforderungen erfolgreich und ohne deutliche, zusätzliche Belastung zu bewältigen. Gerade Schulen mit besonderen sozialen Herausforderungen brauchen besondere und zusätzliche Unterstützung! Hier müssen sowohl das Land (beispielsweise Ausbau Sozialindex, Ausweitung des UBUS-Programms) als auch die Stadt (beispielsweise Verbesserung der baulichen Situation, Ausweitung der Schulsozialarbeit) erheblich mehr tun!

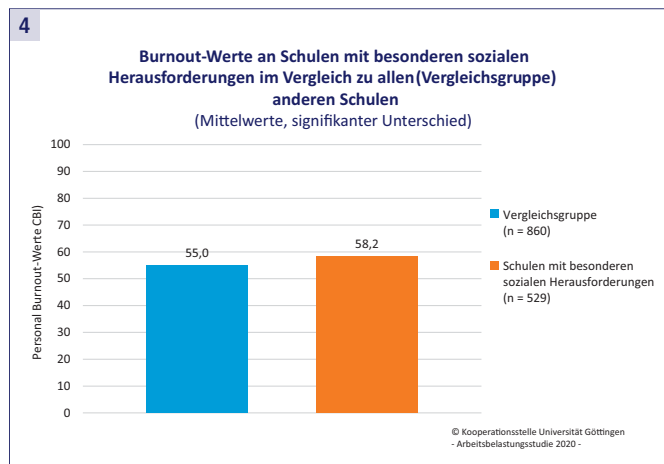
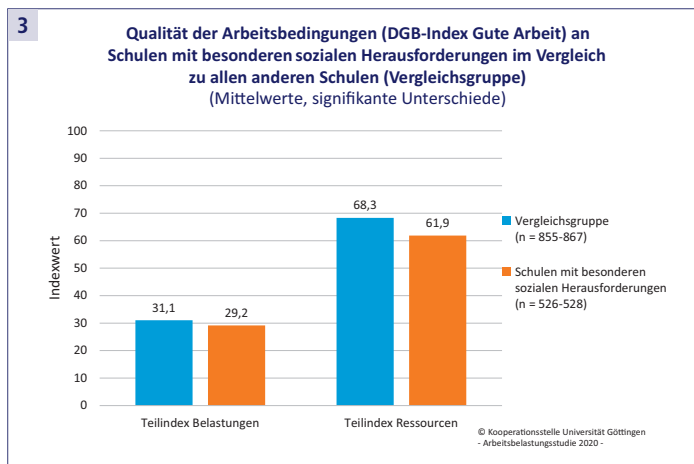
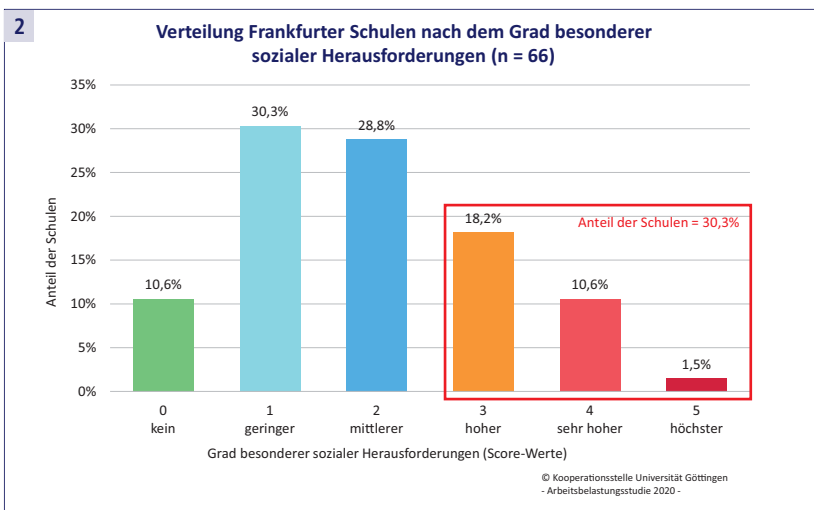
Die GEW Frankfurt wird sich dieser Problemstellung zukünftig noch stärker als bisher annehmen.

Sebastian Guttman



Zu Grafik 2:
20 der 66 Frankfurter Schulen mit Lehrkräften, die an der Studie teilgenommen haben, zeichnen sich durch eine Schulsituation mit drei oder mehr Bereichen überdurchschnittlicher Herausforderung aus:
■ soziodemografische Merkmale der Schülerinnen und Schüler,
■ Sprachförderbedarfe,
■ Sozialverhalten der Schülerinnen und Schüler
■ Unterstützung aus der Elternschaft

Operationalisierung:
Unterschied einer Gruppe mit besonderen sozialen Herausforderungen (Scorewert ≥ 3) und einer Vergleichsgruppe bestehend aus allen anderen Schulen im Sample (Scorewert < 3)



Präsenzunterricht im Ausnahmezustand

Zur derzeitigen Situation an Frankfurter Schulen

Zunehmende Mitteilungen aus den Schulen, aber auch die Aussagen von Politik und Gesundheitsamt selbst machen es immer deutlicher, was viele schon vermutet haben. Niemand weiß, wie die Infektionslage an Frankfurter Schulen wirklich ist. Auch das Gesundheitsamt nicht. Insofern sollte auch nicht mehr behauptet werden, Frankfurt könne im Gegensatz zu anderen Teilen Hessens das Infektionsgeschehen an Schulen besser verfolgen und deshalb könne hier „normaler Regelbetrieb“ geleistet werden.

Fakt ist, einen normalen Regelbetrieb gibt es an Frankfurter Schulen schon lange nicht mehr, in Wahrheit findet Präsenzunterricht in zu großen Gruppen im Ausnahmezustand statt!

Das funktioniert überhaupt nur noch durch einen außerordentlichen und über Belastungsgrenzen

hinausgehenden Einsatz von Kollegien und Schulleitungen!

Wir unterstützen deshalb die Forderungen des StadtschülerInnenrats und des Gesamtpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer Frankfurt, insbesondere fordern auch wir einen Übergang in ein Hybridmodell mit verkleinerten Lerngruppen, damit endlich an den Orten, an denen derzeit die meisten Personen zusammenkommen, auch die Abstandsregeln eingehalten werden können.

Entgegen mancher Unterstellung haben wir und alle in den Bildungseinrichtungen Arbeitenden sehr wohl das Wohlergehen der Kinder und Jugendlichen im Blick. Neben der Verminderung des Infektionsrisikos durch mehr Abstand und verbesserte Luftqualität gibt es natürlich auch die Herausforderung, den Bildungsauftrag zu erfüllen. In den

kleineren Lerngruppen während des Hybridmodells können Lehrkräfte deutlich besser individuell auf Schüler*innen eingehen und sie unterstützen. Gerade die Teilung der Klassen kann es ermöglichen, dass die Schulen nicht schließen zu müssen. Genau dies stellt in den Schulen mehr Normalität und eine verbesserte Situation her.

Viele der über 3000 Kommentare bei Unterzeichnung der Petition „Hessen braucht ein Konzept für den Unterricht unter Pandemiebedingungen“, die von der GEW Hessen initiiert wurde, verdeutlichen genau dies. (Siehe dazu auch S. 16) <https://www.openpetition.de/petition/statistik/hessen-braucht-ein-konzept-fuer-denunterricht-unter-pandemiebedingungen>

Pressemeldung GEW BV
Frankfurt vom 13. November 2020



GEW-Demonstration im September 2018

Mehr Schutz für Kita-Beschäftigte Hygienepläne, einen verbindlichen Stufenplan, Luftfilter

Die Zahl der Infektionen steigt hessenweit kontinuierlich an. Die Landesregierung postuliert weiterhin, dass Kitas und Schulen geöffnet bleiben sollen. „Wer das fordert, muss aber auch die Verantwortung für die Gesundheit der Beschäftigten tragen!“, erklärt GEW-Landesvorsitzende Birgit Koch.

Es ist unstrittig, dass die AHAL-Regeln (Abstand, Hygiene, Alltagsmasken, Lüften) beim Arbeiten mit kleinen Kindern nur unzureichend eingehalten werden können. „Umso wichtiger ist es, den Beschäftigten durch Hygienepläne und einen verbindlichen Stufenplan ein Mindestmaß an Sicherheit in diesen unsicheren Zeiten zu geben.“, so die Landesvorsitzende weiter.

Es sei dringend angezeigt, auch Kontaktpersonen von Infizierten in Quarantäne zu schicken. Geschehe dies nicht, wie momentan in vielen Betreuungseinrichtungen üblich, führe dies zu enormer Unsicherheit und psychischer Belastung. „Die Beschäftigten leiden unter der Angst nicht nur sich selbst anzustecken, sondern eventuell auch noch in ihrem privaten Umfeld zur Verbreitung der Infektionen beizutragen“, berichtet Koch.

Wichtig seien zudem individuelle Gefährdungsbeurteilungen nach dem Arbeitsschutzgesetz und die Beachtung der Regelungen der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV). Der Umgang mit Personen, die selbst zur Risikogruppe gehören oder mit Personen dieser

in einem Haushalt leben, ist dabei zentral. Man könne von den Beschäftigten nicht ernsthaft erwarten, dass sie sich oder ihre Angehörigen in so eine Gefahr bringen. Hier erwartet die GEW Hessen von den Arbeitgebern, ihrer Fürsorgepflicht den Angestellten gegenüber nachkommen.

Die GEW Hessen fordert als einen ersten Schritt, dass die kostenlosen Tests für Beschäftigte in Kindertageseinrichtungen verlängert werden bis ein Impfstoff zur Verfügung steht. „Ein Test bringt allerdings wenig, wenn man tagelang auf das Ergebnis warten muss“, so Koch. Daher fordert die GEW Hessen die Schaffung von Schnelltestangeboten für die Beschäftigten in den Kindertageseinrichtungen.

editorial

Dies ist nun schon die dritte Ausgabe der FLZ, die wir „unter Corona-Bedingungen“ machen. Geändert hat sich seither Vieles; was sich aber nicht geändert hat, ist die Politik des Landes und ihres Kultusministers, wie diverse Artikel in dieser Ausgabe und insbesondere die Kommentare zur Petition auf der letzten Seite zeigen.

Es ist immer die gleiche Ausrufe: wir können aufgrund der sich ständig ändernden Bedingungen der Infektionslage nur „auf Sicht fahren“.

Kein Wort zu den schon vorher bekannten und durch die verschiedensten öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen bekannt gemachten strukturellen Mängel in der Bildungspolitik. Wir erinnern an die Pressekonferenz vom August 2018, in der wir die „Prognose der Schülerzahl und des Lehrkräftebedarfs an allgemeinbildenden Schulen in Hessen bis 2030“ vorgestellt haben, die im Auftrag der Fraktion Die Linke vom Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FIBS) erstellt wurde, mit deutlich höheren Bedarfszahlen als die KMK oder KM Lorz. Die Folge war zwar, dass auch Lorz unsere Zahlen bestätigte, gehandelt hat er aber democh nicht.

An Grundschulen weigert sich Hessen seit Jahren wie nach A-13 zu bezahlen, wie dies bereits andere Bundesländer vorgemacht haben. Stattdessen nimmt man in Kauf, dass Grundschullehrkräfte fehlen und für das Gymnasiallehramt ausgebildete Lehrkräfte an die Grundschulen abgeordnet werden, um dort von den Grundschullehrkräften eingewiesen zu werden.

Man könnte versucht sein, dies als Absurdität abzutun, wenn es nicht System hätte.

Das Systemische besteht darin, den Bildungssektor knapp zu halten, um die Mittel für die Subventionierung der profitablen Branchen bereitzubehalten und deren Renditen im internationalen Wettbewerb zu sichern. Je

weniger finanzielle Mittel in den öffentlichen Sektor gesteckt werden, desto mehr können unsere Global Player unterstützt werden – das ist die Leitlinie.

Deshalb wird auch die Gerechtigkeitsdebatte in unserer Gesellschaft und jeder Versuch einer Korrektur der Umverteilung von unten nach oben mit Polemik erstickt.

Deshalb werden in dem auf den Winter zugehenden Schuljahr auch lieber jede Menge Erkältungen und Erkältungskrankheiten in Kauf genommen als die Beratung darüber eröffnet, wie man die schlechte Luft in Klassenzimmern oder jetzt die mit Viren angereicherte Luft mit Filtergeräten reinigen kann. Was in Flugzeugen und Operationsälen selbstverständlich ist, darf für Bildungseinrichtungen nicht gelten. Man fasst sich an den Kopf.

Dieselbe Ignoranz legt die Landesregierung an den Tag, wenn es um die Qualität und Belastung der Arbeit von Lehrkräften geht. Nach Niedersachsen hat jetzt auch die GEW Hessen mit einer unangreifbaren wissenschaftlichen Studie belegt, wie es darum steht.

Während im größten Teil der Wirtschaft in den letzten 75 Jahren seit Ende des letzten Weltkriegs Arbeitszeitverkürzungen durchgesetzt werden konnten, wenn auch längst nicht in dem wünschenswerten Umfang, sind die Arbeitszeiten der Lehrkräfte durch immer neue Aufgaben kontinuierlich ausgeweitet worden. Den Lehrkräften erging es dabei ähnlich wie den Pflegekräften:

Je mehr sie diese Mehrarbeit erduldeten, desto selbstverständlicher wurde sie von Seiten des Arbeitgebers entgegengenommen.

Ob wir diese Ignoranz und diesen Verstoß gegen Rechtsnormen wie die Arbeitszeitordnung durchbrechen können, wird die Zukunft zeigen. Die GEW will jedenfalls – auch mit dieser Ausgabe und der Beilage – diesen Prozess unterstützen.

Pressemittelung der GEW Hessen vom 17. November 2020

Schluss mit der Bescheidenheit!

Bericht von einer Veranstaltung im Haus am Dom mit Monika Christann,

Monika Christann,
Stadtverordnete der Linken
im Frankfurter Römer

Aus der Einführung

Herzlich willkommen zu unserer heutigen Veranstaltung der Fraktion die Linke im Frankfurter Stadtparlament. Unser Thema ist „Schluss mit der Bescheidenheit! Gleichbehandlung und Entgeltgleichheit auf dem Prüfstand.“ Mein Name ist Monika Christann und ich bin seit August 2018 Stadtverordnete für DIE LINKE. (...)

Gender, Entgelt, Führung, Arbeit – GEFA

Ich werde zunächst über Erkenntnisse aus der parlamentarischen Arbeit berichten. Dann erhält unsere Referentin das Forum. Im ersten, größeren Teil, wird sie das Prüfinstrument „eg-check“ vorstellen. Danach wird sie im zweiten Teil den *gb-check* erläutern. (...)

Zunächst möchte ich aber unsere heutige Referentin Dr. Andrea Jochmann-Döll vorstellen. (...)

Dr. Andrea Jochmann-Döll wohnt in Hattingen, ist freiberufliche Wissenschaftlerin, Beraterin und Trainerin seit 1995 und beschäftigt sich schon seit vielen Jahren unter anderem in ihrem GEFA-Institut – das steht für Gender, Ent-

gelt, Führung, Arbeit – mit den Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen in Bezug auf Entgeltgleichheit und Gleichbehandlung. Sie hat Betriebswirtschaft, Volkswirtschaft und Soziologie studiert. Ihre Promotion an der Universität Trier hat das Thema: „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit – Ausländische und deutsche Konzepte und Erfahrungen“.

Als langjährige frühere Leiterin für Aus- und Weiterbildung und als Frauenbeauftragte in der Stahlindustrie hat sie praktische Erfahrungen bei typischen Frauen- und Männergattigkeiten sammeln können.

Zusammen mit ihrer Kollegin Dr. Karin Tondorf hat sie schon vor Jahren das Prüfinstrument „eg-check“ (Abk. für Entgeltgleichheitscheck) und später das Prüfinstrument „gb-check“ (Abk. für Gleichbehandlungscheck) entwickelt. Diese beiden Instrumente wird sie uns heute vorstellen.

eg-check wird übrigens auch inzwischen von der Anti-Diskriminierungsstelle des Bundes offiziell empfohlen. Und ich staunte nicht schlecht, als vor einer Woche auf einer internationalen virtuellen Konferenz der UN-Women Deutschland mit ca. 2.000 Teilnehmenden von mehreren Teilnehmerinnen *eg-check* im Zusammenhang mit der Forde-

rung nach Entgeltgleichheit erwähnt und gefordert wurde. Es scheint doch immer bekannter zu werden!

Warum machen wir die heutige Veranstaltung?

Die Themen „Entgeltgleichheit“ und „Gleichbehandlung“ werden – ebenso wie das Klimathema – leider wegen des allgegenwärtigen Corona-Themas zurzeit wenig beachtet. Der nächste Equal Pay Day für Entgeltgleichheit im März rückt aber näher. Und wie jedes Jahr werden wir feststellen, dass sich die Entgeltlücke von Frauen im Vergleich zu Männern immer noch bei circa 21 bis 25 Prozent bewegt, je nach Branche und Stadt. Es ist ja nicht nur die völlig ungerechte Ungleichbehandlung allein schon bei der gleichen Arbeit von Männern und Frauen, sondern es existiert auch eine Ungleichbehandlung, wenn es um die Eingruppierung in Entgeltsystemen und um gleichwertige Arbeit geht – selbst im Öffentlichen Dienst! Es ist kein Zufall, dass die niedriger entlohnten Berufe und Tätigkeiten hauptsächlich Frauen betreffen. Das wird durch die Corona-Krise mehr als deutlich. Wie wir wissen, kann es die Qualifikation nicht sein, denn da sind Frauen durchschnittlich mit besseren Abschlüssen vertreten.

Die gesetzliche Lage

Die Gleichstellung von Frauen und Männern nach Art. 3 Abs. 2 GG enthält einen Staatsauftrag, der die Gleichstellung auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens verlangt und der Staat hat aktiv dafür einzutreten. Das ist aber 71 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland immer noch nicht eingelöst.

Darüber hinaus gibt es noch weitere verbindliche Gesetze. Wir haben zum einen mehrere EU-Richtlinien wie zum Beispiel die Gleichstellungsrichtlinie aus 2006, die unter anderem die gleiche Bezahlung für gleiche oder gleichwertige Arbeit fordert. Wir haben schon seit – wohlgerneht 1951 (!) – bei den Vereinten Nationen die Kernarbeitsnorm der Internationalen Arbeitsorganisation ILO mit dem Übereinkommen Nr. 100, welches die gleichen Ziele hat. Auch der Frauenrechte-Ausschuss CEDAW der Vereinten Nationen, der die Eliminierung jeglicher Diskriminierung von Frauen untersagt, verpflichtet alle Staaten, auch Deutschland, die Diskriminierung unter anderem bei der Entlohnung aufzuheben. Ja, – und natürlich haben wir auch auf deutscher Ebene noch jede Menge anderer Gesetze wie das Bundesgleichstellungsdurchsetzungsgesetz, oder auch das hessische Gleichstellungsgesetz; und wir haben jede Menge Frauenförderpläne.

Doch warum nützt das alles nichts? Jedenfalls nicht genügend? Warum gibt es so hartnäckig den Gender

Warum brauchen wir einen Prüfstand?

Beruf	Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst in Euro		Gender Pay Gap
	Frauen	Männer	
Maschinen, Anlagenführer – Fachkraft	2.480	3.166	22%
Technische Forschung, Entwicklung – Experte	4.769	5.473	13%
Köche/Köchinnen (o.S.) – Fachkraft	1.921	2.108	4%
Lagerwirtschaft – Helfer	1.916	2.278	16%
Kaufleute Groß, Außenhandel – Fachkraft	2.642	3.282	20%
Unternehmensberatung – Experte	5.633	7.115	21%
Bankkaufleute – Fachkraft	3.623	4.706	23%
Richter/innen – Experte	5.481	5.942	8%
Physiotherapie	2.213	2.656	17%

In Frankfurt am Main liegt das Durchschnittsgehalt von Erzieher*innen rund 800 Euro unter dem Medianeinkommen. Dabei sind 80% der Erzieher*innen weiblich.

Zentrale Ergebnisse:

- Die Mehrheit der Beschäftigten bewertet ihr Einkommen als nicht oder gerade ausreichend. Vor allem Reinigungsberufe.
- Unbefristete Vollzeitbeschäftigung ist seltener als im Durchschnitt aller anderen Berufsgruppen. Beschäftigung ist häufiger atypisch und prekär.
- Belastende Arbeitszeiten kommen häufiger vor als im Durchschnitt. Vor allem bei Pflege- und Verkaufsberufen.
- Körperlich schwere Arbeit ist überdurchschnittlich stark vertreten, in allen vier Berufsgruppen.
- Psychische Belastungen wie Zeitdruck und Stress sind weit verbreitet.

Pay Gap, die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen, die fatalerweise auch noch zum Gender Pension Gap, also zur Rentenlücke bei Frauen führt?

Und wieso steht laut den Studien der Zeppelin-Universität Friedrichshafen die Stadt Frankfurt wiederholt bei den Führungspositionen im unteren Drittel von vergleichbaren Städten? Im Gegensatz zur Stadt Offenbach, die seit zwei Jahren mit über 50 Prozent Frauen in Führungspositionen den ersten Platz bundesweit belegt, hat Frankfurt nur schlappe 10,5 Prozent Frauen in Führungspositionen aufzuweisen.

Ich habe als Stadtverordnete der Linken im September 2020 eine Kleine Anfrage gestellt, welche Prüfinstrumente der Magistrat anwendet, um der mittelbaren Diskriminierung auf die Spur zu kommen. Die Antwort ist leider unbefriedigend: Es wird kein Instrument genannt und ich habe selbst in den Frauenförderplänen dazu nichts gefunden. Zwar wird vom Personaldezernenten auf die Gesetze wie den vorhin schon zitierten Grundgesetzartikel und auf das Hessische Gleichberechtigungsgesetz hingewiesen, ja sogar auf Gender Mainstreaming, das alle politischen Maßnahmen auf die Auswirkungen auf Frauen und Männer untersuchen soll – Hhm, – warum gibt es denn dazu dann in keinem einzigen Magistratsantrag eine Stellungnahme, wie das Ergebnis der Gender Mainstreaming-Prüfung bei der geplanten Maßnahme ist?

Die Antwort auf meine Anfrage mit der Nr. 2763 liegt hier aus und kann auch im PARLIS, dem elektronischen Parlamentsinformations-System, eingesehen werden.

In der Antwort des Personaldezernenten Majer kann man viel lesen – aber nicht das, was ich angefragt hatte und was wir brauchen. Das Bewusstsein ist schon gut, dass in Bezug auf die Arbeitsbedingungen gerade in den Berufen, die von Frauen überrepräsentiert sind, untersucht werden soll, wie sich die psychischen und physischen Belastungen auswirken und ggf. ideell und materiell aufgewertet werden könnten. Es wird aber nicht gesagt wie. Die unmittelbare Verbindung mit „Arbeitsschutz“ in der Formulierung lässt eher auf den Bereich „Gefährdungsbeurteilung“ des Arbeitsschutzgesetzes schließen als dass es hier um eine gesellschaftliche An-

Die Referentin

Dr. Andrea Jochmann-Döll ist freiberufliche Wissenschaftlerin und Beraterin. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind seit vielen Jahren die Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben und die Entgeltgleichheit. Vor allem geht es ihr um die diskriminierungsfreie Bewertung von frauendominierter Arbeit, z.B. als Lehrkräfte in Grundschulen oder als Erzieher*innen. Weitere Informationen unter www.gefa-forschung-beratung.de

VHS Frauenförderplan Bericht B 328/20*

Obwohl Bildung generell ein Bereich ist, in dem wesentlich mehr Männer als Frauen zu finden sind, spiegelt sich dies häufig nicht in Entgeltsystemen wider.

So auch bei der VHS.

Es wird deutlich, dass bei der Bezahlung Frauen mit Null-Prozent-Anteil bei den A-13-Gruppen und weiteren höheren Gruppen in der Liste sind, obwohl sie mehr als 70 Prozent der Beschäftigten stellen. In den unteren Lohngruppen stellen Frauen hingegen bis zu 100 Prozent!

Zwei Drittel der höher bezahlten Stellen nehmen Männer ein, obwohl sie nur etwas mehr als 20 Prozent der Beschäftigten stellen. Das ist etwas, was sofort ins Auge fällt.

Die Linke lehnt den Bericht ab, weil er nicht transparent genug ist. Beispiel: Der Berichtsteil zur Fortbildung besteht nur aus zwei Sätzen. Es geht daraus nicht hervor, welche Art der Fortbildung von Männern und Frauen genommen wurde, getrennt nach Geschlechtern. Wir wissen doch alle, dass die Liste von der Art der Fortbildung häufig den Ausschlag für Höhergruppierungen gibt. Es hat laut Bericht nur eine einzige Höhergruppierung für einen Mann gegeben.

Die Befristungen sind nicht unterteilt nach Geschlechtern und es gibt keine Begründung dazu, warum überhaupt befristete Stellen existieren.

Zielvorgaben werden nicht erläutert, weder warum die alten Zielvorgaben, die nicht näher erläutert sind, nicht erreicht wurden, noch die aktuellen Zielvorgaben.

Hingegen wird nicht erläutert, welche Fluktuationsprognose besteht und warum.

Erklärungsbedürftig ist für mich auch die Aussage „Diese drittmittel-finanzierten Projekte sind ein wichtiger Beitrag für die VHS und die Gesellschaft. Was meinen Sie mit „Gesellschaft“?“

Alles in Allem ist der Bericht ziemlich lieblos und oberflächlich geschrieben – neben der schon vorhin erwähnten mangelnden Transparenz. Die Verfasserin/der Verfasser weiß offenbar nicht, wozu Frauenförderpläne gut sind und warum sie nach wie vor nötig sind. Denn Frankfurt ist hier nachweislich rückschrittlich.

Deswegen Ablehnung des Berichts wegen großer Mängel.

Monika Christann

* war TOP im Ausschuss für Wirtschaft und Frauen am 25. August 2020

Gleichbehandlung und Entgeltgleichheit auf dem Prüfstand

Stadtverordnete der Linken im Römer und Andrea Jochmann-Döll vom Forschungs- und Beratungsbüro GEFA

erkennung der typischen Frauenberufe ginge; und sie sagt nichts über eine mögliche mittelbare Diskriminierung im Entgeltbereich aus und wie man dem begegnen könne.

Interessanterweise ist in den städtischen Unternehmen der Anteil der weiblichen Beschäftigten bei Einstellungen deutlich gesunken. Waren es laut Magistratsbericht 2016 noch 44,9 Prozent, rutschte die Zahl ein Jahr später auf 36,6 Prozent und stieg dann 2018 wieder leicht auf 39,5 Prozent an. Dabei sagt doch das Bundesgleichstellungsdurchsetzungsgesetz, dass bei einer Unterrepräsentanz von Frauen Maßnahmen ergriffen werden müssen. Und wieso hat der Magistrat sich selbst die Vorgabe gegeben, dass bei Neueinstellungen in den Unternehmen der Frauenanteil mindestens 30 Prozent sein muss? Der müsste doch viel höher sein, wenn man die Gleichstellungsziele erreichen will. Auch die Beförderungen von Frauen nahmen ab

und reduzierten sich von auf 34,3 in 2016 auf 31,8 Prozent in 2018. [B 128/19].

Selbst in klassischen, überrepräsentierten Frauenberufen wie Gesundheit und Soziales beträgt der Frauenanteil in Führungspositionen nur 21,43 Prozent. Das sind Alarmsignale!

Es gibt Frauenförderpläne in Frankfurt, auch bei den Eigenbetrieben wie städtische Kitas, Stadtentwässerung, Volkshochschule, Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Branddirektion usw. Ja. Dennoch gibt es hier Auffälligkeiten, deren Ursachen wir nachgehen müssen. Die Tätigkeiten in der Branddirektion und in der Stadtentwässerung sind hauptsächlich männlich besetzt. Da stellt sich nämlich unter anderem die Frage nach dem Zugang! Wieso werden in den typischen Männerberufen oft keine weiblichen Azubis eingestellt? Und wieso verbleiben bereits eingestellte Frauen meist im unteren und mitt-



leren Bereich der Posten anstatt bei den höher bezahlten Jobs? Jetzt wird oft gesagt, Frauen interessieren sich nicht für Drecksarbeit in der Abwassertechnik. Als ehemalige Flugzeug-Lademeisterin am Frankfurter Flughafen, die sich als einzige Frau in einer Männerdomäne durchsetzen musste, kenne ich die Ausflüchte. Ich glaube, wenn eine Frau täglich mehrfach Windeln wechselt, dürfte sie auch keine Angst vor Abwassertechnik haben. Und Frauen haben meist auch Lust auf Verantwortung. Daneben gibt es aber auch die Bereiche, wo Männer unterrepräsentiert sind. Zum Beispiel im Kitabereich, der Kinder-, Familien- und Jugendhilfe oder auch in der Volkshoch-

Und wie jedes Jahr werden wir feststellen, dass sich die Entgeltlücke von Frauen im Vergleich zu Männern immer noch bei circa 21 bis 25 % bewegt.

schule. Wir bekommen als Stadtverordnete in den entsprechenden Ausschüssen ja auch immer die Berichte des Magistrats, wie es mit der Frauenförderung aussieht.

Ich staunte nicht schlecht letztes Jahr beim Bericht zur Volkshochschule. Beim näheren Hinschauen konnte ich feststellen, dass es in der VHS zwar circa 78 Prozent weibliche und nur 22 Prozent männliche Beschäftigte gibt – aber tatsächlich sind umgekehrt die gut bezahlten Posten bis hin zur Führungsspitze zu drei Viertel von Männern besetzt. Und das ist bei einer Bildungstätigkeit, in denen sich traditionell mehr Frauen als Männer befinden, doch sehr auffällig. Auch wenn sich manche Zahlen in den Berichten oberflächlich betrachtet gut anhören mögen – man muss schon sehr genau hinsehen, wo es hakt. Zum Beispiel bei der Anzahl und Art der Fortbildung. 25 Prozent Fortbildung für Frauen reichen einfach nicht aus.

Ich könnte jetzt noch viel darüber reden, was mir alles so aufgefallen ist. Das ist aber heute Abend nicht mein Ziel. Sondern ich möchte jetzt gerne das Wort an Dr. Andrea Jochmann-Döll geben, die uns eine Handlungshilfe für diese Missstände geben wird. Andrea, du hast das Wort.

Entgeltgleichheit prüfen mit **eg check.de**

Zwei grundsätzliche Ebenen der Prüfung:

1. Prüfen, ob die zugrundeliegende Regelung zur Arbeitsbewertung den rechtlichen Anforderungen an diskriminierungsfreie Arbeitsbewertung genügt
⇒ **Regelungs-Check „Grundentgelt“**
2. Prüfen, ob zwei konkrete Arbeitsplätze gleichwertig sind, und zwar nach dem Maßstab eines diskriminierungsfreien Bewertungsverfahrens
⇒ **Paarvergleich „Gleichwertigkeit“**

Berücksichtigte Anforderungsarten im Paarvergleich:

Anforderungen an das Wissen und Können	Anforderungen an psycho-soziale Kompetenzen	Anforderungen an Verantwortung	Physische Anforderungen
<ul style="list-style-type: none"> Fachkenntnisse und Fertigkeiten Fachbezogene Zusatzqualifikationen Fachübergreifende Kenntnisse und Fertigkeiten Vorausgesetzte fachliche Erfahrung in der Praxis Planen und Organisieren Bewältigung von Arbeitsunterbrechungen Ununterbrochene Aufmerksamkeit und Konzentration 	<ul style="list-style-type: none"> Kommunikationsfähigkeit Kooperationsfähigkeit Entfaltung- und Überzeugungsvermögen Belastende psychosoziale Bedingungen 	<ul style="list-style-type: none"> Verantwortung für Geld und Sachwerte Verantwortung für die physische und psychische Gesundheit und die Datensicherheit Verantwortung für die Arbeit anderer und für Führung Verantwortung für die Umwelt 	<ul style="list-style-type: none"> Anforderungen an die Körperkraft Anforderungen an die Körperhaltung, Bewegungsabläufe und Sinnesorgane Belastende arbeitszeitliche Bedingungen Beeinträchtigende Umgebungsbedingungen

Die Prüfbereiche von **gb-Check**

Prüfbereich	Prüfinhalte
Stellenausschreibung	Inhalte und Verfahren
Personalauswahl	Einstellung und beruflicher Aufstieg
Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen	Mutterschutz, Eltern- und Pflegezeit, befristete Beschäftigung, Gesundheitsschutz, sexuelle Belästigung
Betriebliche Weiterbildung	Planung und Durchführung
Beurteilung	Kriterien und Verfahren
Arbeitszeit	Arbeitszeitmodelle und -bedingungen, Teilzeitarbeit

FAZIT

Entgeltdiskriminierung beginnt mit der Abwertung von Tätigkeiten.

Für einen Gemeindevorstand oder einen Magistrat ist es unabdingbar, dass die Personalverantwortlichen solche Instrumente wie eg-check oder gb-check anwenden. Und die Betriebs- und Personalräte – und ja, auch die Mitarbeitervertretungen der Kirchen – müssen das kontrollieren und mitgestalten. Leider fehlt nicht nur der Stadtreger, sondern auch sehr häufig den Betriebs- und Personalräten das Bewusstsein dazu oder sie überlesen es geflissentlich, dass die Gleichbehandlung im Betrieb einer der gesetzlichen zentralen Pflichtaufgaben ist. Und es gibt in Deutschland auch immer weniger Betriebsräte und Betriebe mit Tarifbindung.

Wichtig für den Erfolg von Entgeltgleichheit ist nicht nur die Einbeziehung von Betriebs- und Personalräten, sondern auch die Einbeziehung von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. Dafür muss man den Frauenbeauftragten aber noch mehr Handlungsmöglichkeiten wie zum Beispiel Sanktionsmöglichkeiten an die Hand geben. Das ist jedenfalls eine der Forderungen der hessischen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten; das heißt das Hessische Gleichberechtigungsgesetz muss auch in diesem Punkt noch geändert werden.

Es ist wichtig, dass solche Instrumente wie eg-check und gb-check

zur Normalität werden. Das Bewusstsein für die Wichtigkeit dieses Themas ist noch Mangelware. Und das gilt auch für die Arbeitgeberin „Stadt Frankfurt“, mit immerhin mehr als 15.000 Beschäftigten. Ich versichere Ihnen, dass ich da hinterher bin.

Dann möchte ich noch darauf hinweisen, dass laut des EntGTranspGesetzes nicht tarifgebundene oder nicht-tarifanwendende Arbeitgeber alle drei Jahre öffentlich berichten müssen, wie es um die Entgeltgleichheit steht, tarifgebundene oder tarifanwendende wie der Öffentliche Dienst leider aber nur alle fünf Jahre. Das EntGTranspG geht davon aus, dass Tarifverträge keine Diskriminierungen enthalten – was für ein Irrtum und Verleugnen der Realität!

Zum Schluss möchte ich noch eine interessante Zahl mit auf den Weg zum Nachdenken geben: Eurostat hat im Juni 2017 Zahlen zum sogenannten „Gender Pension Gap“ veröffentlicht. Das ist die Rentenlücke zwischen Männern und Frauen, die unter anderem auf Entgeltdiskriminierung beruht. Danach steht Deutschland von den 29 EU-Staaten (das Vereinigte Königreich war da noch mit drin) mit 46,5 Prozent auf dem vorletzten Platz. Nur Zypern ist mit 48,8 Prozent noch schlechter als Deutschland. Wir * haben * was zu tun! Und zwar dringend!

Und ich glaube, das zeigt deutlich, warum auch gerade jetzt die Tarifrunde OD unterstützt werden muss, denn die Anerkennung der wichtigen, aber schlecht bezahlten Berufe muss jetzt passieren! Von Klatschen kann man nicht leben.

Ein Dankeschön an unsere Referentin Dr. Andrea Jochmann-Döll für diesen wichtigen Vortrag, Dankeschön an die beiden Fraktionsmitarbeiter*innen Giulietta Bender und Marc Hampel im Hintergrund und Dankeschön für Ihre Teilnahme hier und per livestream. Ich wünsche allen einen guten Heimweg und bleiben Sie gesund!

Im September habe ich als Stadtverordnete der Linken in einer Kleinen Anfrage nachgefragt, welche Prüfinstrumente die Stadt anwendet, um mittelbarer Diskriminierung auf die Spur zu kommen. Die Antwort ist eindeutig: keine. Es wird unserer aller Aufgabe sein, mit vereinten Kräften für die Einführung dieser Prüfinstrumente zu kämpfen. Auch dafür, dass alle Magistratsvorlagen tatsächlich die Methode „Gender Mainstreaming“ anwenden und die Ergebnisse schriftlich und aussagekräftig auf jeder Vorlage stehen. Dazu ist noch Einiges zu fordern, zu organisieren und immer wieder neu mit vereinter Stimme zu fordern, bis es realisiert ist.

Monika Christamm

Bericht aus dem Bildungs- und Integrationsausschuss

Ausschuss vom
26. Oktober 2020

Raumluftwechselgeräte in Schulen, öffentlichen Verkehrsmitteln und Gebäuden

In der Bürgerinnen- und Bürgerunde liegen zwei Wortmeldungen zur Thematik der Raumluftwechselgeräte in Schulen, öffentlichen Verkehrsmitteln und Gebäuden vor. Frau Dinkelaker und Frau von Obstfelder von der Initiative „Familien in der Krise“ äußern, dass das allerwichtigste Ziel sei, eine weitere Schulschließung zu vermeiden. Allerdings wundern sie sich über die Aussage, es sei Elternsache, Luftfilter zu finanzieren. Wenn Luftfilter helfen, würden sie die Anschaffung solcher Geräte sehr begrüßen. Geld für die Ausstattung mit Luftfiltern müsse her, damit sich Lehrerinnen und Lehrer am Arbeitsplatz sicher fühlen und die Schulen aufbleiben können.

Die Bildungsdezernentin Weber betont, dass das Gesundheitsamt einen sehr guten Job mache. Demnach existiere bei den älteren Schülerinnen und Schülern ein gewisses Übertragungsrisiko, in Kitas und Grundschulen aber eher nicht. Das bedeute eine gewisse Entwarnung, weil das Risiko in Kitas und Schulen geringer als gedacht sei. Masken tragen sei effektiv.

Weber bestreitet, dass Luftreiniger für weniger Quarantäne in den Schulen sorgen würden. Dabei bezieht sie sich auf die Studie von Professor Curtius von der Johann Wolfgang Goethe Universität zu Luftfiltern in der Schule, die am 6. Oktober 2020 veröffentlicht wurde. Herr Professor Curtius hatte zuvor Luftfilter an einer Wiesbadener Schule getestet und fordert nun deren Installation an den Schulen. Gelüftet werden müsse nach seiner Aussage außerdem.

Frau Weber stellt den Sinn einer solchen Anschaffung in Frage, wenn Lüften dann trotzdem noch notwendig sei. Außerdem müssen die Filter jedes halbe Jahr gewechselt werden. Eine Fachfirma müsse diese sach- und fachgerecht austauschen, weil in den Filtern die Aerosole und Viren enthalten sind. Es handle sich also um eine größere Aktion mit größeren Kosten.

Aus ihrer Sicht sei es nicht nachvollziehbar, dass den Eltern geraten worden sei, diese Kosten zu übernehmen. Grundsätzlich gelte die Aussage: mit regelmäßigem Lüften sei man auf der sicheren Seite. Wenn nicht gelüftet werden könne, seien die Räume nicht als Klassenräume zu benutzen. Auch Einzelfälle wür-

den betrachtet und den betroffenen Schulen eine Empfehlung gegeben.

WLAN

Frau Weber kündigt an, dass weitere 100 Schulen mit WLAN ausgestattet werden, und es ein weiteres Budget für kurzfristige Anschaffungen, das beim Stadtschulamt abgerechnet werden kann, geben wird. 9.000 Laptops wurden für Schülerinnen und Schüler, die keine Geräte haben, beschafft. Einen Stick, der Internetzugang ermöglicht, könne man auch erhalten.

Sie geht davon aus, dass es keinen Lockdown mehr geben werde. Mit den getroffenen Maßnahmen hätten die Schulen alles, was sie brauchen, um Schülerinnen und Schüler im Homeschooling zu versorgen.

Herr Paulsen fragt, ob eine statistische Übersicht über die Einzelmaßnahmen bezüglich Corona an den Schulen nach den Sommerferien vorliege.

Frau Weber antwortet, sie habe eine Statistik erstellt. In rund 75 Schulen seien Fälle aufgetreten, manchmal auch mehrfach. In den Kitas waren, mit einer Ausnahme, nur Erwachsene infiziert. Kleine Kinder seien keine „superspreader“. Trotzdem gebe es auch in Kitas die Empfehlung zum Maske tragen.

Oberstufen seien stärker betroffen als Mittel- und Unterstufen. Es handle sich immer nur um Einzelfälle. Von den Schulen ausgehende Infektionsketten wurden nicht beobachtet. Mit einer Maskenpflicht käme man also sehr weit. Sie bietet an, die von ihr angefertigte Statistik mitzubringen.

Es sei nicht möglich 4.000 Klassenräume kurzfristig mit Luftfiltern auszustatten.



Herr von Wangenheim kritisiert die Ausführungen der Bildungsdezernentin. Außer Professor Curtius habe auch die Hochschule der Bundeswehr eine Studie zu Luftfiltern veröffentlicht. Er rät der Bildungsdezernentin sich mit Lehrern und Schulleitern zu unterhalten. In 85 Prozent der Schulen sei Querlüften nicht möglich. Es sei nicht nachvollziehbar, warum für Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer und Bildung im Allgemeinen ein Geld gespart werde. Bei vielen anderen werde doch auch sehr viel Geld ausgegeben. Er plädiert für die Reinigung der Filter am Wochenende, damit der Unterricht nicht

gestört werde. Geld sollte dabei überhaupt keine Rolle spielen. Er kritisiert das Zeitmanagement mit dem Hinweis, dass es Corona seit März gebe. Die Idee, Luftfilter an den Schulen zu installieren, hätte früher kommen müssen. Jetzt sei es zu spät für irgendwelche Arbeitskreise. Die Dezernentin müsse jetzt anweisen in ganz Deutschland die Geräte einzukaufen. Jetzt müsse sie handeln!

Weitere Mitglieder des Bildungsausschusses äußern ihre Meinung zum Thema Luftreiniger.

Dass die Filteranlagen mit UV-Licht ins Spiel, für die sich die Stadt Hanau entschieden hat. Bezahlen müsse der Verantwortliche. Das Land müsse seinen Besten Arbeitsschutz gewährleisten.

Frau Fischer argumentiert, man könne ein System wie an ihrer Schule entwickeln, wo durch einen Gong das Zeichen zum Lüften gegeben wird.

Frau Weber erwidert auf von Wangenheim, dass die Arbeitsgruppe schon seit März tage. CO₂ Ampeln werden an die Schulen geliefert. Die Aussage des Gesundheitsamtes sei, dass Lüften alle 45 Minuten ausreicht. Je kälter es wird, desto schneller sei der Luftaustausch. Die Lüftungszeiten könnten also verkürzt werden. Frau Weber sagt, dass es nicht am Geld liegen soll. Da seien sie sich einig, zumal das Land auch einen Teil zugesagt habe. Auf Landesebene sei das Geld begrenzt auf Schulen, in denen nicht ausreichend gelüftet werden könne.

Bericht der Dezernenten

Integrations- und Bildungsdezernentin Weber erinnert an den kleinen Antonio, dessen tragischer Tod in einer Seckbacher Kita sich am 29. Oktober 2020 zum ersten Mal jährt. Ob man ein solches Unglück hätte verhindern können, darauf gebe es bisher noch keine Antwort. Sie erläutert, dass die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft derzeit noch andauern, sodass zur Unfallursache seitens des Magistrats keine Aussage getroffen werden könne.

Frau Weber berichtet unter anderem zu folgenden Integrations-themen: Die Wahl zum Ausländerbeirat wird gemeinsam mit den Wahlen der Gemeindevertretungen, der Ortsbeiräte und der Kreistage am 14. März 2021 durchgeführt

Die öffentliche Vorstellung des „DemokratieWagens“ hat am 21. Oktober 2020 vor der Paulskirche stattge-



Ausschuss für Bildung und Integration (B)

Der Ausschuss setzt sich gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12. 5. 2016 aus 21 Mitgliedern (5 CDU, 5 SPD, 3 GRÜNE, 2 AfD, 2 LINKE, 1 FDP, 1 BFF, 1 FRAKTION, 1 FRANKFURTER) zusammen.

Er berät und entscheidet unter anderem über Angelegenheiten und Belange aus den Bereichen: Schule · Volkshochschule · Kindertagesstätten · Stadtbüchereien.

Des Weiteren befasst er sich mit Angelegenheiten, die ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie Aussiedler und Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben, betreffen.

Quelle: www.frankfurt.de / Alle Dokument aus dem PARLamentsInformationsSystem der Stadt Frankfurt am Main unter: <http://www.stv.frankfurt.de/parlis2/parlis.html>

funden und wurde von einem vielfältigen Rahmenprogramm begleitet.

Im Nachgang der Beschlussfassung über den Vortrag des Magistrats „Frankfurt gegen Rassismus! Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus“ hat die Jury beschlossen, auch einen Antirassismuspreis zu vergeben.

Außerdem wurde die kommunale Antirassismus-Koordinierungsstelle mit Herrn Azfar Khan besetzt, der sich den Anwesenden vorstellte und das Aufgabenspektrum der Koordinierungsstelle skizzierte. Durch die Koordinierungsstelle sollen die Beratungs-, Präventions- und Interventionsprogramme zusammengeführt sowie die Antirassismusarbeit und die Opferberatung in Frankfurt vernetzt werden.

Mit dem Thema Rassismus beschäftigen sich zwei Ausstellungen:

1. Die Ausstellung „Hingucker“ versucht, mit Materialien der Ausstellung „Die Erfindung der Menschensrasen“ des Hygiene-Museums Dresden und in Kooperation mit dem Historischen Museum Frankfurt den kolonialen Blick zurückzuwerfen und stellt die Praxis des Ausstellens selbst zur Diskussion. Die Ausstellung ist noch bis zum 21. Februar 2021 in der Anne Frank Bildungsstätte zu sehen.

2. Im Historischen Museum Frankfurt kann bis zum 28. Februar 2021 die Stadtlabor-Ausstellung mit dem Titel „Ich sehe was, was Du nicht siehst. Rassismus, Widerstand und Empowerment“ besucht werden.

Bildungsthemen

Sprachbildungsangebote: Im Stadtschulamt hat Frau Raab-Zell die Leitung der Abteilung „Pädagogik, Planung und Kindertagesbetreuung“ übernommen. Sie stellt sich den Anwesenden vor.

Frau Weber berichtet, dass es gerade in der Pandemiezeit besonders wichtig sei, Schülerinnen und Schüler aus Intensivklassen zu fördern, damit sie dem Unterricht folgen können. Der „Deutschsommer“ richtet sich an die Grundschulkinde. Aufgrund

der hohen Anmeldezahlen hat sich die Stadt entschlossen, auch ein Angebot für den Herbst und Winter zu machen. Für die Schülerinnen und Schüler an den weiterführenden Schulen gab es das ZuBaKa-Ferien-camp. In Zukunft sollen in allen Ferien Sprachbildungsferien-camps stattfinden.

Der 10. Frankfurter Familienkongress hat in hybrider Form zum Thema „Innenansichten – Der Einfluss von Corona auf das familiäre Beziehungsgeflecht“ stattgefunden. Frau Weber berichtet, dass die Ergebnisse des Kongresses auf der Homepage der Stadt Frankfurt eingesehen werden können.

Zum Thema Inklusion äußert Frau Weber, es fehle an personellen Ressourcen und an verbindlichen Vereinbarungen.

Bericht von Baudezernent Schneider

Erweiterung Grundschule Europaviertel: Herr Schneider erläuterte, dass sich die Schule seit ihrer Eröffnung im Jahr 2017 in einer provisorischen Containeranlage befindet, die nun vergrößert wird. Die Fertigstellung der Schule am Endstandort am Tel-Aviv-Platz soll bis zum Jahr 2024 erfolgt sein.

Fried-Lübbecke-Schule: für die Raumnot an der Schule konnte eine Lösung gefunden werden, die eine Erweiterung auf dem benachbarten Grundstück mit weiteren Containern vorsieht.

Schwimmbad der Dahlmannschule: Dort gab es einen massiven Wasserschaden nach Errichtung. Dieser sei mittlerweile behoben worden. Die Betriebsführung liege nun in der Hand der Bäderbetriebe und werde auf diese Weise sachkundig durchgeführt.

IGS Kalbach Riedberg: Dort gab es einen Brand auf der Baustelle ausgelöst durch Schweißarbeiten auf dem Dach. Durch die Coronapandemie war auf der Baustelle so wenig Baubetrieb. Laut Herrn Schneider sei die Gefahr relativ groß, dass sich die Fertigstellung verzögere.

Christina Avellini

Lüften, Lüften, Lüften!!!!

8:00 Uhr Unterrichtsbeginn. Die Frühaufsicht hat bereits die Fenster geöffnet, gefühlte 0 Grad. Die Schüler*innen kommen in der Klasse an. Alle (25) setzen sich nach dem Händewaschen an ihre Plätze. Das hat gedauert. Zeit, die dann für den Unterricht fehlt.

Der Unterricht beginnt, so nach circa 10 Minuten unterbreche ich, denn mit offenen Fenstern ist es zu laut. Also Fenster zu. CO₂ Ampel schlägt nach 15 Minuten Unterricht rot an.

Wieder unterbreche ich. Fernster auf. Draußen läuft eine Klasse zur Sporthalle. Lärm. Unruhe kommt auf. Die Schüler*innen können sich nicht konzentrieren.

Wieder Fenster zu. Wir arbeiten weiter. Ampel rot. Fenster auf.

So wiederholt sich das Spiel bis zur großen Pause. Also lüften, lüften, lüften.

Nach der großen Pause Hände waschen. Frühstück. Nach dem Frühstück wieder Hände waschen. Wir haben jetzt noch circa 20 Minuten Zeit für die 3. Stunde. Ampel wieder rot. Ich entscheide ich mich, die Fenster durchgehend geöffnet zu

lassen. Also: Fenster auf. Außentemperatur 12 Grad. Die Kinder und ich ziehen Jacken an. Der Raum kühlt schnell aus, trotz der auf volle Pulle laufenden Heizungen.

Da kommt mir plötzlich in den Sinn: Klimawandel? Energieverschwendung? Ach, wie komme ich nur auf eine solche Idee? Wir haben ja Corona ...

Die Fenster bleiben jetzt immer offen. Da dies allem Anschein nach nun zum Dauerzustand wird, schreibe ich an die Eltern, sie sollen ihre Kinder warm anziehen und ihnen warmen Tee zum Trinken mitgeben. Jetzt schon frieren, husten, niesen und schniefen die Kinder.

Wie soll das weitergehen? Was machen wir im Winter bei Minusgraden? Drei Wollpullis anziehen und zwei Jacken? Also dann zwei übereinander in der Pause, und eine für den Klassenraum?

Manche Kolleg*innen lüften nur zur Pause, weil es einfach zu anstrengend ist, ständig den Unterricht für das Lüften zu unterbrechen. Es ist stickig im Klassenraum, der Sauerstoffgehalt sinkt, wieder können sich alle kaum konzentrieren. Also dann doch wieder

den Unterricht unterbrechen, Fenster auf, weitermachen.

Jeden Schultag geht knapp eine Unterrichtsstunde für das Lüften und Händewaschen verloren!

Fachunterricht. Religion. Eine Klasse links hinsetzen, eine Klasse rechts hinsetzen. Wegen Abstand. Fenster sind auf. Alle müssen Hände waschen. Erst die eine Klasse (solange sitzen die anderen an ihren Plätzen), dann die andere Klasse. Wie viel bleibt jetzt noch übrig für den Unterricht? Draußen ist es wieder laut. Laubbläser. Eine Klasse hat Bewegungsstunde auf dem Schulhof. Die Schüler*innen beschweren sich, es ist zu laut, sie verstehen akustisch den Arbeitsauftrag nicht. Wieder unterbreche ich, Fenster also doch zu. Ein Schüler kommt zu mir, er hat eine Frage. Er niest mir spontan direkt ins Gesicht. Ich spüre die Tröpfchen in den Augen. Soll ich da jetzt lüften oder nicht?

Es gibt kaum Grundschullehr- und Vertretungskräfte, was machen wir, wenn die Lehrer*innen krank werden und nicht unterrichten können? Lüften? – Das soll noch gute Bildung sein? *Laura Preusker*



Kälte und Zugluft waren der Gesundheit immer schon zuträglich

Pressemitteilung des Gesamtpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer am Staatlichen Schulamt für die Stadt Frankfurt am Main

Ratlosigkeit und Empörung

In der Frankfurter Rundschau vom 11.11. 2020 sieht Rene Gottschalk, der Leiter des Frankfurter Gesundheitsamtes, kein Problem darin, den Regelbetrieb an Frankfurter Schulen ohne Einschränkungen weiterlaufen zu lassen. Den Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer in Frankfurt erfüllt diese Aussage mit Ratlosigkeit und Empörung, da bei uns täglich zahllose Mails, Anrufe und Briefe von Schulen eingehen, die sich unerträglichen Arbeitsbedingungen und zunehmend verunsichernden Situationen ausgesetzt sehen.

Die Schulen beschreiben die Arbeit in eiskalten Klassenräumen, da bei den Lüftungstipps des Gesundheitsamtes fälschlicherweise von funktionierenden Heizungssystemen ausgegangen wird. Sie klagen über die bisher konstante Weigerung der Stadt Luftreinigungsgeräte anzuschaffen, die in vielen Behörden und Privatschulen schon Gang und Gebe sind. Große Verunsicherung besteht auch aufgrund der Tatsache, dass das Gesundheitsamt kaum noch Quarantänemaßnahmen anordnet, weil es von völlig unrealistischem konsequenten Maskentragen bei Kindern und Jugendlichen ausgeht, welches in der Realität einfach nicht zu finden ist, weder in Bussen und Bahnen, noch in den Schulmensen und Cafeterien, noch drei Meter jenseits des Schulgebäudes. Gottschalk verweist ja selbst auf die tragende Rolle der Masken ...

Weiterhin erstauern uns seine Aussagen zu Virologen, denen er die Expertise abspricht, ebenso verwun-

derlich sind Aussagen zur Infektion, die zur vorwiegend durch Tröpfchen und nur ganz selten durch Aerosole weitergegeben werde und vieles mehr. Zu allen diesen Themen gibt es mehr als genügend gegenläufige Studien und wissenschaftliche Erkenntnisse.

Hier im GPRLL laufen seit Wochen stündlich, und seit das Gesundheitsamt Verdachtsfälle gar nicht mehr gemeldet bekommen will, im Minutentakt die Beschwerden verzweifelter Schulen über das Gesundheitsamt und die Frankfurter Verfahrensweise in Bezug auf Corona ein – per Mail, per Telefon, in Briefform.

Mittlerweile haben nur noch wenige Frankfurter Schulen Verständnis für die Haltung der vorgesetzten Behörden in Bezug auf die Tatsache, dass bei derart hohen Inzidenzzahlen und dadurch bedingten Schließungen sowie strengsten Maßnahmen in vielen anderen Bereichen des Lebens die Lehrkräfte und Schüler*innen unter solchen Bedingungen wie gerade jetzt arbeiten und lernen sollen. Es herrscht darüber hinaus ein immenser Zorn über die Tonlage des Gesundheitsamtes, das ständige Abwiegel, die nicht mehr nachvollziehbaren Entscheidungen und den immer wieder als einzig probates Mittel verschickten Lüftungsflyer, der impliziert, die Gefährdungslage bestehe hauptsächlich in ungeschicktem Lüftungsverhalten an den Schulen, was natürlich grober Unfug ist. Alle bisher getroffenen Behauptungen

Gottschalks stehen den Empfehlungen des RKI konträr entgegen.

Außerdem entscheidet das Gesundheitsamt Frankfurt anders in Bezug auf kleinere Lerngruppen und Wechselmodelle als andere hessische Gesundheitsämter (MKK, Hana, GG, OF, u.a.), die in verantwortlicher Weise längst dazu übergegangen sind. Weiterhin verwechselt Gottschalk offensichtlich Schließungen, die niemand fordert, mit Hybridunterricht und verkleinerten Gruppen, in denen die Ansteckungsgefahr durch den Abstand, den er ja auch immer wieder als unerlässlich betont, deutlich verringert ist. Erfahrungsgemäß kann in geteilten Gruppen oft intensiver gearbeitet werden, so dass der Bildungsauftrag auch im Wechselmodell noch gewährleistet wird.

Das Gesundheitsamt hat die Nachverfolgung so gut wie aufgegeben. Verdachtsfälle dürfen nicht mehr gemeldet werden, auch die Tests für die Kontaktpersonen wurden eingestellt. Viele Schulen vermuten zunehmend Methode – im Sinne einer weniger beunruhigenden Statistik.

Die immense Arbeit, das Beruhigen panischer Schüler*innen und die Information verunsicherter Eltern, das Beantworten von Telefonaten und Mails, die Verantwortung für individuelle Entscheidungen liegt jetzt bei den Schulen, wo die Belastung kaum noch hinnehmbar ist. Währenddessen werden Luftreiniger nicht gestellt, Land und Stadt liefern keine ausreichend wirksame

Schutz-ausrüstung (FFP2), das Gesundheitsamt verweigert gleichzeitig das flächendeckende Wechselmodell nach Stufe 3, obwohl bisher alle Schulen, die sich bei uns gemeldet haben, dies trotz der dann anstehenden Mehrarbeit als notwendig erachten.

Großer Unmut besteht ob der Tatsache, dass die Anschaffung der professioneller Luftreinigungsgeräte oder -anlagen, für die das Land inzwischen sogar Geld bereitgestellt hat, in Frankfurt aktiv blockiert wird, obwohl es mehrere Studien gibt, die ihre unterstützende Wirksamkeit belegen. Diese Wirksamkeit scheint leider nur überall außerhalb Frankfurts zu gelten. Schulen, die versuchen, dies über Eltern oder Fördervereine zu organisieren, werden Hürden in den Weg gelegt, die unserer Auffassung nicht notwendig oder aber technisch lösbar sind. Dies führte schon bis zum Abbau bereits aufgestellter Geräte. Langfristig fordern wir den Einbau von professionellen und funktionierenden Lüftungssystemen.

Die Schulen möchten wissen, was das GA und die Stadt es rechtfertigen, dass in vielen umliegenden Landkreisen endlich Schritte mit verkleinerten Lerngruppen eingeleitet werden und nur in Frankfurt die Gesundheit der Lehrkräfte und Schüler*innen „so gering geschätzt wird, dass der Regelbetrieb

aufrecht erhalten wird, als gäbe es das Virus nicht“. Diese Diskrepanz lässt sich einfach nicht mehr erklären. Die Schulen gehen davon aus, dass man hier zur Erhaltung der Betreuungssituation die Erkrankungen vieler in Kauf nimmt und die Prävention von Langzeitschäden hintenanstellt.

Auszug aus den aktuellen verzweifelten Mails als typisches Beispiel:

„Potenziell infizierte Kinder tummeln sich also ungehindert in den Klassenräumen, auf den Schulfluren und auf dem Hof. Eine Testung erfolgt nur bei Symptomen, was in der Altersklasse bekanntermaßen nicht unbedingt der tatsächlichen Infektionslage entspricht. (...)

Wir fühlen uns hoffnungslos im Stich gelassen. Auf dem Rücken unserer aller Gesundheit werden auf diese Weise Fallzahlen an hessischen Schulen beschönigt und vertuscht. Wir möchten unbedingt, dass diese Missstände öffentlich gemacht werden. Wohin können wir uns wenden, um uns zu wehren? In unserer Not war es bereits eine ernsthafte Überlegung, sich wegen vorgeschriebener Körperverletzung an die Polizei zu wenden.“

*Vorsitzendenteam
Meike Bär, Sebastian Guttman,
Frankfurt, den 12. November
2020*



Von links nach rechts bzw. hinterer nach vorderer Reihe: *Laura Preusker, Dirk Kretschmer, Jens Kleemann, Alexander Grund, Claudia Glock, Manuela Adalati, Sven Hemmema, Heidi Franciszcok, Ernst Olbrich, Martina Dunkel-Volkmandt, Susanne Hüttig, Sabine Friedrich, Christine Rensing-Grüter, Katja Weber, Stefan Kockelmann, Heinrich Zorko, Ingeborg Ulrich, Andrea Peters, Heide Krodol-Johne, Sebastian Guttman, Meike Bär, Hanne Hirn, Enis Gülegen, Christina Avellini, Ricarda Ebert-Diehl, Daniel Glida, Alexandra Menk*

Nachrichten aus dem Gesamtpersonalrat

Neuer Termin für Personalratswahlen

Als neuer Termin für Haupt-, Gesamt- und Schulpersonalräte wurde der 4. und 5. Mai 2021 festgelegt. So dies noch nicht geschehen ist, sollten an den Schulen Wahlvorstände gebildet werden, damit die an der Terminierung hängenden Fristen eingehalten werden können. Das Wahlhandbuch der GEW bleibt weiterhin nutzbar, demnächst kommen noch Ergänzungen, die sich im Verlauf des Jahres ergeben haben. Gerne unterstützen wir hier auch Wahlvorstände, wenn Fragen zu klären sind.

Mehrarbeit durch Distanzunterricht

Nach einigem Druck scheint es jetzt so, dass bald ein Erlass zum Umgang mit dieser Mehrarbeit veröffentlicht wird. Sobald der Erlass aus dem Kultusministerium vorliegt, werden wir mit dem Staatlichen Schulamt über eine lehrkräftefreundliche Umsetzung verhandeln.

Datenschutz auf Schulplattformen

Seit der ersten Gemeinsamen Sitzung im August dringen wir nun schon auf die Umsetzung der Rechenschaftspflicht nach Art. 5 Abs. 2 DS-GVO, der Schulen als Daten verarbeitende Stelle obliegt, wenn diese eine Schulplattform betreibt. Ein notwendiger Schritt, um die digitalen Bürger*innenrechte von Lehrkräften und Schüler*innen sicherzustellen. Auch in der jüngsten Sitzung kamen von Amtsleitung bislang nicht mehr als lauwarmer Hinweise auf Fortbildungsveranstaltungen zum Thema. Das dürfte allerdings wenig bis keinen Einfluss auf eine ernstzunehmende Datenschutzkultur an den Frankfurter Schulen haben.

Selbst bei der grundsätzlich vertrauenswürdigen Schulplattform Hessen (SPH) gibt es für die Schulen bislang vom HKM keine Entlastung, indem es zum Beispiel ein Datenverarbeitungsverzeichnis erstellt oder ein durchdachtes Berechtigungskonzept unter Beteiligung des Hauptpersonalrats zur Verfügung stellt. Wir bleiben dran!

Personelle Veränderungen im Staatlichen Schulamt

Im Bereich der beruflichen Schulen wurde die durch die Pensionierung von Herrn Fischer freigewordene Dezernentenstelle mit Herrn Fors- ter besetzt.

Versetzungen im hesseninternen und im Ländertauschverfahren

Für den 1. August 2021 gewünschte Versetzungen müssen bis zum 1. Februar 2021 über den Dienstweg beantragt werden. Wir empfehlen, nicht bis zum 31. Januar zu warten, sondern den Antrag schon früher auf den Weg zu bringen, da Schulleitung und Schulpersonalrat vor der Weiterleitung an das Staatliche Schulamt auch noch eine Stellungnahme abgeben müssen.

Fragen zur Dienstlichen Email-Adresse weiter offen

Der Stichtag 1. Februar des Herrn Ministers für die verbindliche Nutzung der dienstlichen Emailadresse naht und noch keine der drängendsten Fragen ist geklärt. Weder beim Problem mit einer notwendigen zweiten Authentifizierung noch bei der Versorgung aller Lehrkräfte mit datenschutzsicheren Dienstlaptops zeichnen sich zeitnahe Lösungen ab. Ungeklärt bleibt bislang auch, wo und wie Personalräte ihr Funktionspostfach beantragen können. Ob es Lorz noch gelingen wird, sich und das Hessische Schulsystem am Schopf der eigenen Ansagen aus dem nahenden Kommunikationschaos zu ziehen, bleibt also voraussichtlich bis zum letzten Tag spannend.

Arbeits- und Gesundheitsschutz

Viel Sitzungszeit verwenden wir derzeit darauf, dem Staatlichen Schulamt die reale Situation an den Schulen zu verdeutlichen. Dabei helfen uns die von euch verfassten Schreiben und Berichte sehr. Auch im Arbeitsschutzausschuss verfolgen wir dieses Ziel, da hier auch Vertreter*innen vieler anderer Frankfurter Behörden und Einrichtungen teilnehmen, die mit dem Gesundheitsschutz an Frankfurter Schulen zu tun haben. Wir setzen uns auch hier weiter für kleinere Lerngruppen, Luftfilter und eine verbesserte Ausstattung der Schulen ein. Vieles findet ihr auch in der hier abgedruckten Presseerklärung auf Seite 7.

Beamtinnen und Beamte			
Name	Schule	Typ	e-Mail Adresse
Avellini, Christina	Helmholtzschule	Gym	Christina.Avellini@gew-frankfurt.de
Bär, Meike	FR-Dessauer Gym.	GOS	Meike.Baer@gew-frankfurt.de
Bremer, Claudia (Nachr.)	Friedrich-Dessauer	GYM	claudia.bremer@gew-frankfurt.de
Franciszczok, Heidi	Elsa-Brändström	GrS	Heidi.Franciszczok@gew-frankfurt.de
Friedrich, Sabine	Panoramaschule	Fö	Sabine.Friedrich@gew-frankfurt.de
Glock, Claudia	Holbeinschule	R	Claudia.Glock@gew-frankfurt.de
Gnida, Daniel	Friedrich-Dessauer	GYM	Daniel.Gnida@gew-frankfurt.de
Guttman, Sebastian	Karl-Oppermann	Fö	Sebastian.Guttman@gew-frankfurt.de
Hartert, Melanie	Helene-Lange-Schule	Gym	Melanie.Hartert@gew-frankfurt.de
Hüttig, Susanne	Stauffenbergschule	BS	Susanne.Huettig@gew-frankfurt.de
Kretschmer, Dirk	Max-Beckmann-Schule	GOS	Dirk.Kretschmer@gew-frankfurt.de
Preusker, Laura	GS Rebstock	GrS	Laura.Preusker@gew-frankfurt.de
Ulrich, Ingeborg	Schule am Ried	KGS	Ingeborg.Ulrich@gew-frankfurt.de
Weber, Katja	Ernst-Reuter-Schule II	IGS	Katja.Weber@gew-frankfurt.de
Zorko, Henrich	Ernst-Reuter-Schule II	IGS	Henrich.Zorko@gew-frankfurt.de

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer			
Name	Schule	Typ	e-Mail Adresse
Gülegen, Enis	Sophienschule	H	Enis.Guelegen@gew-frankfurt.de
Krodol-Johne, Heide	Viktor-Frankl-Schule	Fö	Heide.Krodol-Johne@gew-frankfurt.de

Schwerbehindertenvertreter			
Name	Schule	Typ	e-Mail Adresse
Wrede, Engelbert		SSA FFM	engelbert.wrede@kultus.hessen.de gsbvfmm.e.wrede@gmail.com

Gesamtpersonalratsbüro	
gesamtpersonalrat@kultus.hessen.de	

Impressum info@gew-frankfurt.de

FLZ vorm. Frankfurter Lehrerzeitung
Herausgeber
 Bezirksverband Frankfurt a. M. der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Bleichstr. 38a, 60313 Frankfurt, Tel.: 069 – 291818, Fax: 069 – 291819
 E-mail: info@gew-frankfurt.de
Bürozeiten Geschäftsstelle des Bezirksverbandes: dienstags und mittwochs 13 bis 17 Uhr donnerstags 14 bis 18 Uhr
Vorsitzende
 Sebastian Guttman, Laura Preusker

FLZ-Team Christine Rensing-Grüter, Jessica Peters, Herbert Storn
Rechtsberatung Heide Krodol-Johne, Daniel Gnida, Thomas Sachs montags 15.30–17.30 Uhr, Tel.: 069–13 37 78 71, in den Ferien findet keine Rechtsberatung statt.
Satz & Layout
 Karin Dienst, Christian Häussler
Druck ORD - Oberhessische Rollen-Druck GmbH
Auflage ca. 3.200
Erscheinungsweise 4 bis 5 mal jährlich

Fotos wenn nicht anders angegeben: FLZ
 Der Bezugspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.
Redaktioneller Hinweis: Die Redaktion freut sich über Zuschriften – möglichst als unformatierte Word-Datei. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Sie behält sich das Recht der Kürzung vor.
 Wir danken allen Karikaturisten, Fotografen und Autoren der Bild- und Textmaterialien für die freundliche Überlassung.
 Redaktionsschluss Nr. 1-2021: siehe homepage



Die Broschüre dokumentiert die Veranstaltung „Learning Analytics und Big Data in der Bildung“, die im September 2019 im Rahmen des Projekts Bildung in der digitalen Welt stattgefunden hat.

Einzelpreis 1,50 Euro zzgl. Versandkosten.

Nachrichten aus dem Hauptpersonalrat

Dieses Info berichtet über das Gespräch mit dem Kultusminister in der Sitzung am 22. Oktober 2020. Die Forderungen des HPRLL sind hier sehr kurz angerissen, weil sie im Wesentlichen bekannt sein dürften.

Demokratische Strukturen und Beteiligungsrechte unter Bedingungen der Corona-Maßnahmen auf allen Ebenen

Der HPRLL hat folgende Aspekte thematisiert:

- Die inflationäre und unbegründete Nutzung des § 73 HPVG (vorläufige Inkraftsetzung von Maßnahmen ohne Beteiligung)
- Die notwendige Bereitstellung von ausreichend großen Räumen für Sitzungen (§ 42 HPVG, auch auf der Ebene der GPRLL)
- Den generellen Umgang mit dem HPRLL (Bereitstellung von Unterlagen, Verfügbarkeit von „sprechfähigen“ Vertretern der Dienststelle; „Durchregieren“ durch Pressekonferenzen statt Erörterung von Erlassen im Vorfeld...)
- Die Rückmeldungen aus den Schulen (unzureichende Einbeziehung von SPR und GeKo, Vermeidung demokratischer Strukturen und Prozesse).

Der Kultusminister (KM) erklärte sehr umfassend, dass es für diesen Krisenfall keinen Präzedenzfall gebe, an dem man sich orientieren könne. Bezugnehmend auf die Äußerung des HPRLL, die „Stunde der Exekutive“ sei auch auf der Ebene der Personalvertretungen spürbar, formulierte er, dass allen Verantwortlichen und auch ihm selbst dies alles „keinen Spaß mache“. Die notwendige Geschwindigkeit der Aktivität sei mit sehr viel Stress verbunden. Er zitierte Gesundheitsminister Spahn: „Am Ende der Pandemie werde man sich viel zu verzeihen haben.“ Niemand wolle jedoch die Krise ausnutzen, um Rechte zu beschneiden. Der Erhalt bewährter Mechanismen auch auf personalvertretungsrechtlicher Ebene sei von zentraler Bedeutung. Die Nutzung des § 73 müsse auch zukünftig die Ausnahme bleiben.

Am Beispiel der Entscheidung zur verbindlichen Nutzung der dienstlichen E-Mail-Adresse sei zu sehen, wie bewusst Druck herausgenommen werde. Zum vom HPRLL thematisierten Terminkonflikt zwischen GPRLL-Sitzungen und HKM-Telefonkonferenzen am Mittwochmittag erklärte der KM, dass darüber „gesprochen werden müsse“.

Arbeitsbedingungen und Arbeitszeit unter Corona-Maßnahmen und darüber hinaus

Belastungen von Kolleg*innen, zusätzliche Aufgaben, Erhöhung der Deputate

Der HPRLL knüpfte an die letzte Sitzung mit dem KM vor über einem Jahr an und fragte nach einer Er-

höhung der Schuldeputate, die seit über einem Jahrzehnt nicht mehr erfolgt ist.

Der KM verweist auf Probleme bei der Stellenbesetzung; Stellenständen in Konkurrenz zu Deputaten. Für dieses und auch nächstes Schuljahr werde es keine Aufstockung der Deputate geben. Der HPRLL betonte, dass es keine Alternative zum „Abspecken“ bei curricularen Vorgaben geben werde, um unrealistische Vorgaben in Pandemiezeiten zu verhindern.

Der KM erklärte, dass es entsprechende Vorkehrungen im Bereich der Oberstufe bereits gebe. Grundsätzlich werde es über diese Frage einen Abstimmungsprozess innerhalb der KMK geben, im Frühjahr solle Bilanz gezogen werden.

Sommerferienbezahlung bei TV-H-Verträgen

Der HPRLL legte am Beispiel des StSChA Wiesbaden dar, welche Probleme es noch immer bei der Sommerferienbezahlung gibt.

Der KM erklärte, dass Hessen bei dieser Frage im Ländervergleich seit etwa 3–4 Jahren nicht mehr „auffällig“ sei, was seine Ursachen in der Absenkung der Stunden und der Änderung von „soll“ in „muss“ im entsprechenden Erlass habe. Er sei dennoch dafür offen, den noch immer bestehenden Problemen nachzugehen und nach rechtlich möglichen Lösungen zu suchen.

Landesabitur 2021 und 2022

Der HPRLL erinnerte an das wiederholt vorgetragene Problem der Arbeitsverdichtung, das sich aus der Verschiebung der schriftlichen Prüfungen auf die Zeit nach den Osterferien ergibt und stellte die bekannten Forderungen nach zusätzlichen Ressourcen.

Der KM prognostizierte, dass in absehbarer Zeit in allen Bundesländern fünf Abiturprüfungen zu absolvieren sein werden. Die externe Zweitkorrektur werde auch für das Landesabitur 2021 ausgesetzt. Entlastung für die Korrigierenden würden geschaffen, sei es über Handreichungen oder Richtlinien; auch die 150 Mio. Euro zusätzlicher Vertretungsmittel könnten hier in den Blick genommen werden. Er sage zu, dass Lösungen gefunden würden und es an Ressourcen nicht scheitern werde.

Arbeitsbelastung von Schulleitungen

Der HPRLL thematisierte die enorme Arbeitsbelastung von Schulleitungen in den letzten Monaten. Beispielhaft wurden die kurzfristig anberaumte Sommerferienakademie und die Ferienakademie angeführt, sodass die Minimalanforderung von zwei zusammenhängenden Urlaubswochen nicht für alle SL gegeben war.

Der KM erklärte, dass er offen für Ideen sei, wie Schulleitungen entlastet werden könnten. Die Ferienakademie solle nicht zur Dauer-einrichtung werden, aber eventuell im nächsten Sommer nochmals stattfinden, da sie für eine bestimm-

te Schüler*innen-Klientel von großer Bedeutung sei. Es werde jedoch einen weniger kurzfristigen Vorlauf geben.

Zusätzlicher Risikogruppenunterricht – Anerkennung der Mehrarbeit gefordert

Der HPRLL thematisierte die Mehrarbeit, die sich durch die zusätzliche Distanzbeschulung von Schüler*innen ergibt, die zur Risikogruppe gehören, und forderte eine Anerkennung dieser Mehrarbeit, verbunden mit einer angemessenen „Abgeltung“. Er stellte dies in Bezug zu den 150 Millionen Euro, die für Vertretungsunterricht zur Verfügung stehen. Nach Kenntnisstand des Gremiums seien nur 2,9 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer nicht im Präsenzunterricht, sodass hier Mittel zur Verfügung stehen müssten.

Der KM antwortete, dass er diese Problematik sehr wohl sehe, Distanzunterricht brauche eigene pädagogische Erwägungen. Realistisch

deckung vor Ort gewährleistet ist. Hierbei verwies er auch auf den Umstand, dass Lehrkräfte nicht aufstocken werden, sofern die Möglichkeit der erneuten Absenkung nicht gegeben ist.

Der KM erläuterte, dass dies schwierig sei. Es gebe nun mal den Mangel an Lehrkräften, und seine Aufgabe sei, die Unterrichtsabdeckung sicherzustellen. Er halte Vorschläge einer „eingegrenzten Flexibilität“ aber durchaus für überlegenswert.

A-13-Forderung für Grundschulpfession (siehe hierzu auch S. 4 und 5) – jetzt liegt's doch am Geld

Der HPRLL erläuterte die gestiegenen pädagogischen Anforderungen an die Grundschullehrkräfte und wiederholte seine Forderung, Grundschullehrkräfte wie Lehrkräfte anderer Lehrämter zu bezahlen, da gleichwertige Arbeit geleistet werde.

VOM FAHREN AUF SICHT.



betrachtet könne hierbei nur über zusätzliches Geld geredet werden, nicht über Anrechnung auf Pflichtstunden. Ein entsprechender Erlass zur Mehrarbeitsvergütung sei in Arbeit. Derzeit gebe es etwa 1.000 Schüler*innen und 2.000 Lehrkräfte, die zur Risikogruppe zählen und nicht in der Schule präsent seien. Hier gebe es noch Ressourcen, die es zu „heben“ gelte.

Umgang mit Teilzeitanträgen in geringfügigem Umfang

Der HPRLL forderte, Teilzeitanträge auch in den Schulformen, in denen Lehrkräftemangel herrscht, zu bewilligen, sofern der Umfang geringfügig und die Unterrichtsab-

deckung vor Ort gewährleistet ist. Hierbei verwies er auch auf den Umstand, dass Lehrkräfte nicht aufstocken werden, sofern die Möglichkeit der erneuten Absenkung nicht gegeben ist.

Dies verneinte der KM.

Livestream aus dem Unterricht und Einsatz von Videotools

Der HPRLL erläuterte die bekannten Probleme, die mit einer möglichen Anweisung durch Schulleiterinnen und Schulleiter zum Livestream aus dem Unterricht verbunden sind und verwies darauf, dass nach seiner Auffassung Lehrerinnen und Lehrer nicht gegen ihren Willen zum Livestream gezwungen werden können.

Der KM erklärte, dass die Bereitstellung der technischen Möglichkeiten von zentraler Bedeutung sei. Die Verhandlungen über die Beschaffung von Endgeräten für Lehrkräfte seien kurz vor dem Abschluss, in jedem Fall noch in diesem Jahr. In den darauffolgenden Wochen werde die Abwicklung über die kommunalen Schulträger organisiert. Auch wenn genug Geld da sei, werde die Ausgabe auf Nachfrage erfolgen. Ein zunehmendes Tempo sei auch bei der Ausstattung der Schulen zu erwarten. Wenn die Ausstattung vorhanden sei, sei es gegenüber der Öffentlichkeit nicht vermittelbar, sich diesen Möglichkeiten zu verweigern. Alternative Formen des Distanzunterrichts seien zwar ebenso möglich, sie seien ja auch bereits in Erlassen aufgeführt, aber doch in der Regel deutlich zeitaufwändiger. Wenn aber eine Lehrkraft alternative Wege gehen würde, um den Unterricht zu organisieren, würde man sich dem auch nicht verschließen wollen.

Dienstliche E-Mail-Adressen

Der HPRLL wiederholte seine Auffassung, dass eine verbindliche Nutzung der dienstlichen E-Mail-Adresse die flächendeckende Ausstattung mit Endgeräten voraussetzt.

Der KM antwortete, dass er von einer flächendeckenden Ausstattung bis zum 1. Februar 2021 ausgehe. Er regte an, darüber kurz vor Weihnachten nochmals zu sprechen. Zur 2-Faktoren-Authentifizierung erklärte er, dass dies lediglich in einer Übergangsphase relevant sein solle. Angestrebt würden sichere Systeme, die einen zweiten Faktor obsolet machten.

Der HPRLL hat dem KM abschließend „mitgegeben“:

Bei QuIS-Maßnahmen sollte es grundsätzlich erst eine Anfangsqualifikation vor einem Unterrichtseinsatz geben.

Die Disziplinarverfahren gegen Teilnehmer*innen am Streiktag von 2015 sind mittlerweile verjährt und müssen umgehend eingestellt werden.

Zu Letzterem äußerte der KM, dass er der GEW ja einen Deal vorgeschlagen habe, auf den sie jedoch nicht eingegangen sei. Die „Verjährung sei gehemmt!“

Bettina Happ-Robe

Wir brauchen Personalräte nötiger denn je!

Coronabedingt waren die letzten Neuwahlen der Personalräte um ein Jahr auf den nächsten Mai verschoben worden. Zum aktuellen Zeitpunkt werden die Wahlvorstände gebildet, die die Wahlen für nächstes Jahr vorbereiten.

In einer Krisenlage, wie sie gerade vor unseren Augen abläuft, sind Personalvertretungen noch viel notwendiger als je zuvor. Deren Tätigkeit geschieht gemäß § 60 (1) im Hessischen Personalvertretungsgesetz (HPVG) gemeinsam mit der Dienststelle unter anderem „... zum Wohle der Beschäftigten (...)“.

Die Beschäftigten an den Schulen, das sind wir alle, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir befinden uns in einer Pandemie, die seit dem 17. März dieses Jahres das Leben weltweit bestimmt. Ihr erinnert euch: Ab Mitte März gab es einen totalen Lockdown – alle Schulen wurden geschlossen, die Wirtschaft wurde fast komplett heruntergefahren; es gab Kontaktbeschränkungen auf allen Ebenen. Mit dem Abflauen dieser ersten Welle konnten Geschäfte, Dienstleister, Schulen und KiTas ihre Tätigkeiten wieder aufnehmen; das gesellschaftliche Leben fand mit Einschränkungen wieder statt.

Inzwischen haben wir November und wir befinden uns in der zweiten Welle:

Seit gestern hat es bei uns in Hessen 1931 Neuinfektionen gegeben; in den letzten sieben Tagen waren es 10711; das bedeutet eine 7-Tage-Inzidenz von 170,3. Im Ganzen starben hessenweit seit März 854 Menschen.¹

Seit Beginn der letzten Woche gibt es einen Teil-Lockdown: Freizeiteinrichtungen und Gastronomie sind geschlossen, Unterhaltungsveranstaltungen verboten und Kontakte in der Öffentlichkeit sowie Zusammenkünfte auf Plätzen und in Wohnungen eingeschränkt. Lebensnotwendige Einrichtungen wie



Krankenhäuser, Arztpraxen und Geschäfte sind natürlich offen. Dort gelten Abstandsgebote und Maskenpflicht und die Besucherzahlen sind so berechnet, dass jede Person eine Fläche von anderthalb Quadratmetern einnehmen kann. Also alles wie gehabt.

Alles? – Nein, Schulen und KiTas sind noch geöffnet. Dort gelten Abstandsgebote, Masken- und Lüftungspflicht, aber die Zahlen der Personen, die sich dort befinden, sind nicht eingeschränkt oder pro Person berechnet. Das käme auch gar nicht hin, weil nicht für jede Person anderthalb Quadratmeter

Fläche in ihrer Dienststelle zur Verfügung stehen.

Wir arbeiten also unter Bedingungen, die woanders verboten sind.

Unvergessen der Beginn der Pandemie mit den schnell aufeinanderfolgenden Hygieneplänen, die von den Schulleitungen innerhalb von wenigen Tagen gelesen und umgesetzt werden mussten. Auch die amtierenden Personalräte mussten sie lesen, auch wenn ihre Beteiligung im allgemeinen Stress schon mal übersehen wurde. Deren Arbeit war in dieser Zeit kaum zu toppen; dazu das normale Geschäft.

Jetzt, in der zweiten Welle, ist die Arbeit unserer Personalvertretungen wichtiger und härter als zuvor:

Es gibt nicht mehr so viele Hygienepläne bzw. haben diese sich nicht mehr groß verändert.

Die Infektionen steigen aber weiter an Schulen, Kindergärten und -krippen; schon lange liegen die Zahlen höher als in der ersten Welle.

Für uns Lehrer/innen und Erzieher/innen gibt es nach wie vor kein überzeugendes Konzept; wir stehen im persönlichen, das heißt körperlichen Einsatz an vorderster Front und erledigen dort unseren Job.

Für uns gibt es keine Neuberechnung von erlaubten Flächen pro Person; es gibt ein zweifelhaftes Lüftungsgebot. Und die Schüler/innen haben im Gegensatz zu uns, die wir mit FFP2-Masken versorgt sind, oft nur durchlässige Stoffflächchen, die ständig verrutschen. Bei einer Infektion werden trotzdem nur die erkrankten Personen in Quarantäne geschickt.

Es kann nicht wahr sein, dass eine gefährliche Krankheit mit Mitteln bekämpft wird, bei denen von vornherein klar ist, dass sie nicht ausreichen oder gemäß der Vorgabe gar nicht umzusetzen sind.

Manche Kinder müssen in Quarantäne, weil ein Familienmitglied erkrankt ist. Alle Lehrer/innen, die das betreffende Kind unterrichten, sind dann gefragt, ihm Aufträge und Erklärungen „auf Distanz“ zu senden. Punktuell geht das mal. Aber

mit den steigenden Erkrankungszahlen im Raum Frankfurt werden es immer mehr und auch so wird die Arbeitszeit der einzelnen Kolleg/innen ausgeweitet.

Dazu ist der Datenschutz irgendwie aufgeweicht und den Kolleg/innen nicht immer so recht klar, was erlaubt ist und was nicht. Was mache ich, wenn der Opa eines Kindes sich in meinen Deutschunterricht einmischte? Das kann ja durchaus nett gemeint sein, aber darf er das?

Überall gibt es Klärungs- und Regelungsbedarf. Die Aufgabe der Personalräte ist es natürlich, defizitäre Bedingungen zu benennen und im Sinne aller Beschäftigten nach konkreten und passenden Lösungen zu suchen. Dabei ist auch die regelmäßige Rückkopplung mit der örtlichen Schwerbehindertenvertretung wichtig, um die Risikogruppen im Kollegium besser im Blick zu haben.

Wir alle, egal in welchem Amt, erleben die aktuelle Situation zum ersten Mal; da muss besprochen, diskutiert und abgeglichen werden; rechtliche Fragen müssen geklärt und über eine Umsetzung gegebenenfalls neu nachgedacht werden. Und wo es keine Antworten gibt, müssen sie gefunden werden.

Fest steht: Ohne PR geht es nicht.

Für die Weiterarbeit an all diesen Belangen ist eine rechtlich kompetente, aufmerksame und mutige Personalvertretung notwendig und es werden dringend Kolleginnen und Kollegen zur tatkräftigen Unterstützung bei der vielen Arbeit gesucht!

Christine Rensing-Grüter

(1) Stand 15.11.20, 10:35 Uhr; https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Fallzahlen.html

Ausbildungsgarantie jetzt!

Deutliche strukturelle Änderungen um den Ausbildungsmarkt zu stabilisieren hat die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack gefordert. Anlässlich der heute von der Bundesagentur für Arbeit veröffentlichten Bilanz-Zahlen für das aktuelle Ausbildungsjahr sagte Hannack am Donnerstag in Berlin:

„Die berufliche Bildung befindet sich in einer Abwärts-Spirale. Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze in Industrie und Handel, aber auch im Handwerk sinkt deutlich. Zugleich wenden sich weniger Jugendlichen als Ausbildungsplatz suchend an die Bundesagentur für Arbeit. Und schon heute signalisieren große Betriebe, dass sie auch im kommenden Jahr weniger ausbilden wollen. Der berufliche Bildung droht ein dauerhafter Bedeutungsverlust mit noch weniger Ausbildungsbetrieben und weniger Jugendlichen in Ausbildung.“

Es ist Gift für unsere Gesellschaft, wenn die Zahl der Ausbildungsbetriebe und der Auszubil-

denden im Sinkflug ist, gleichzeitig aber eine hohe Zahl von Jugendlichen dauerhaft ohne Ausbildung bleibt. Sie drohen am Arbeitsmarkt, aber auch in der Gesellschaft abgehängt zu werden. Viele dieser Jugendlichen fühlen sich von den demokratischen Parteien nicht mehr gesehen.“

DGB 29. Oktober 2020

DGB fordert Sicherheit auf dem Hessischen Ausbildungsmarkt

Die veröffentlichten Zahlen des hessischen Ausbildungsmarktes deuten auf schwere Probleme auf dem Ausbildungsmarkt hin. Obwohl sich in diesem Jahr über 3.000 Ausbildungsstelleninteressierte weniger bei der Bundesagentur gemeldet haben, hatten fast 1.000 junge Menschen mehr als im Vorjahr noch keinen Ausbildungsplatz zum 30. September 2020.



Ausbildungsplatz oder eine Alternative dazu. Das ist eine alarmierende Zahl.“ stellt Sandro Witt, stellvertretender Vorsitzender des DGB Hessen-Thüringen fest. „Wenn es jetzt nicht gelingt die Interessierten passend zu vermitteln, drohen sie auf der Straße zu stehen und für die Unternehmen wird sich die Fachkräftesuche weiter verschärfen. Dazu müssen aber auch die Unternehmen dringend mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Ein Abbau der Ausbildungsplätze in der jetzigen Krise ist kurzfristig und gefährlich.“

Ebenso besorgniserregend ist, dass sich 3.152 (7,7%) junge Menschen weniger aussuchen bei der Bundesagentur gemeldet haben als im Vorjahr. Der dualen Berufsausbildung droht eine ernsthafte Krise.

„Wir brauchen dringend eine Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen. Aus Unsicherheit was die Krise bringt haben sich viele junge Menschen dafür entschieden erstmal keinen Ausbildungsplatz zu suchen. Mit einer Garantie für einen Ausbildungsplatz würde viel Sicherheit geschaffen. Durch die Ausbildungsgarantie würden die Perspektiven für die duale Berufsausbildung nachhaltig gesichert und gesteigert werden.“ so Sandro Witt. „Wir warnen die Unternehmen auch ausdrücklich davor die neuen Coronabeschränkungen auszunutzen und in der Probezeit zu kündigen. Gerade jetzt brauchen junge Menschen Sicherheit und Perspektiven!“

DGB Hessen-Thüringen
30. Oktober 2020



Ohne Kampf geht nichts!

Dass man überhaupt auf die Straße gehen muss, zeigt, wie scheinheilig das Klatschen der PolitikerInnen für systemrelevante Berufe war



Rückschau: Tarifauseinandersetzung Öffentlicher Dienst

Die Tarifauseinandersetzung für Bund und Kommunen ist am 25. Oktober 2020 mit einem Tarifabschluss beendet worden. Das Ergebnis verführt nicht zu Jubelsprüngen und wäre ohne die schwierigen Bedingungen der Corona-Pandemie für die Beschäftigten inakzeptabel. Zu anderen Zeiten wäre dem Verhalten der Arbeitgeber mit einer Ausweitung der Arbeitskämpfmaßnahmen begegnet worden.

Dem Abschluss lag seitens der Gewerkschaften die Einschätzung zu Grunde, dass die Zeit gegen uns und für die Arbeitgeber spielte. Jeden Tag hatten und haben wir höhere Infektionszahlen, die Durchführung von Streiks und Aktionen wurde immer schwieriger. Das Verständnis in der Öffentlichkeit wäre unter Umständen gesunken, wäre es nicht zu einer Einigung gekom-

men. Auch die wirtschaftliche Gesamtlage mit einer drohenden Zunahme von Kurzarbeit oder sogar Arbeitslosigkeit für viele Menschen in Deutschland hätte die Stimmung ins Kippen bringen können.

Insofern stand dieser Abschluss unter dem Vorzeichen, Schlimmeres zu verhindern. Ohne eure Aktionen und die Warnstreiks wäre selbst das Erreichte nicht zu Stande gekommen. Die Beteiligung an den Warnstreiktagen übertraf die Erwartungen, die Stimmung war gut und kämpferisch. Zahlreiche Teams haben mit der Bannerfotoaktion den Forderungen nach mehr Gehalt und besseren Arbeitsbedingungen zusätzlichen Nachdruck verliehen, beim Verband kommunaler Arbeitgeber wurde mit einer Scheibenputzaktion für „Durch-

bruch“ gesorgt. Das alles war Klasse und daran sollten wir anknüpfen, wenn wir auch in Zukunft für eine Aufwertung der Tätigkeiten in frühkindlicher Bildung und Sozialer Arbeit kämpfen.

Die wichtigsten Elemente des Tarifabschlusses (Corona-Prämie, Gehaltssteigerungen in zwei Schritten, Angleichung der kommunalen Arbeitszeit Ost auf das Westniveau und weitere Bestandteile des Abschlusses) findet ihr zusammengefasst unter folgendem Link: <https://www.gew.de/troed2020/fragen-und-antworten/>

Auf dieser Seite haben wir einige Fotos von Aktionen und Demonstrationen in Frankfurt, die im Rahmen der Tarifauseinandersetzung stattfanden, zusammengestellt.

Andreas Werther



Wer einen guten öffentlichen Dienst haben will, muss über Verteilungsungerechtigkeit reden

Es ginge um nichts weniger als darum, die Rangliste politischer Prioritäten umzukehren. An erster Stelle stünde dann die Frage, welche öffentlichen Güter eine Gesellschaft braucht, um Kranke zu heilen, Alte zu pflegen, den Müll wegzuschaffen oder die Straßen sicherer zu machen, – und was das kostet, wenn man die Beschäftigten entsprechend ihrer Leistung und Systemrelevanz bezahlt. Erst an zweiter Stelle wäre dann zu klären, wie die Gemeinschaft aller, die von den Dienstleistungen profitieren, das Ganze finanziert.

Das wäre das Gegenteil dessen, was heute passiert ...

Wenn sich das ändern soll, führt kein Weg daran vorbei, die Einnahmen zu erhöhen – also zu fragen, wie die finanzielle Ausstattung der öffentlichen Hand den Notwendigkeiten angepasst werden kann. Auch wenn es manche Leute nicht mehr hören können und als „altlinkes“ Beharren abtun: Wer einen guten öffentlichen Dienst haben will – und das nicht mit Beschäftigten, die bei erster Gelegenheit in die Privatwirtschaft abwandern oder den Beruf wechseln –, muss auch über Verteilungsgerechtigkeit reden.

Es braucht eine Wende in der Steuer- und Haushaltspolitik

Oft gesagt, aber zu selten an entscheidender Stelle gehört: Das Missverhältnis zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut gibt einen öffentlichen Dienst mit angemessener Ausstattung und Bezahlung schlicht nicht her. Um ihn zu finanzieren, bedürfte es einer Wende in der Steuer- und Haushaltspolitik.

Der Glaubenssatz, dass die überproportional gestiegenen Vermögen und Einkommen nicht stärker als bisher belastet werden dürfen, gehört endlich in die Tonne. Ordentlich bezahlte Frauen und Männer bei der Müllabfuhr wären sicher gern bereit, diese Ideologie dann endgültig zu entsorgen.

Aus dem Leitartikel von
Stephan Hebel,
Frankfurter Rundschau
vom 26. Oktober 2020



Das Corona-Paradox: ein Virus als Spaltpilz?

Warum gerade die GEWerschaft dagegen- und zusammenhalten muss

In den zwanzig Jahren, in denen ich bei der GEW Hessen aktiv bin, gab es nicht wenige heftige Auseinandersetzungen innerhalb der Organisation wie auch nach außen hin, in denen durchaus Welt(anschauungen) aufeinanderprallten. Erinnert sei zum Beispiel an die „Deutschlandlied-debatte“, die den Freund_innen, welche 2006 die (Fußball) Welt bei sich zu Gast hatten, mit einer – wie ich nach wie vor und mehr noch finde: berechtigten – Warnung vor erstarkendem Nationalismus und Großmannssucht die Feierlaune zu verderben drohte. Das Echo war beispiellos und nicht wenige Schläge wurden unter die Gürtellinie ausgeteilt und durchaus kam es zu Austritten von Mitgliedern.

Auch die GEW-Kritik an der Omnipräsenz der Bundeswehr in Schulen, auf Messen bis hin zum Hessentag bleibt nicht ohne – teils unsachliche und beleidigende – Resonanz.

Seit Beginn der Corona-Sondersituation beherrscht jedoch nach meiner Beobachtung eine Erregtheit und Aggressivität die Auseinandersetzungen um dieses Thema (und alles, was damit in Verbindung steht), die mir in diesen Dimensionen neu und höchst bedenklich scheint. Statt sich sachlich mit der anderen Sichtweise des Gegenübers auseinanderzusetzen, werden Etiketten verteilt („Coronaleugner“ oder „Verschwörungstheoretiker“ gegen „Systemling“, „Merkelvasall“ etc.), wird gehöhnt und beleidigt – in den Kommentarspalten der Online-Medien bestenfalls zu beobachten. Es erreichen die GEW Hessen Mails und Schreiben voller Vorwürfe, Angriffe und Beleidigungen – aus den unterschiedlichsten Richtungen. Und auch der kollegiale Umgang innerhalb der GEW leidet.

Dabei ist Einigkeit das Gebot der Stunde, denn:

- Den im Frühjahr noch gefeierten „Corona-Held_innen“ (z.B. das Personal in Kranken-, Alten- und Pflegeeinrichtungen) verweigern die Arbeitgeber_innen in der Tarifauseinandersetzung jegliches faire Angebot
- 8 Millionen Deutsche arbeiten für weniger als 11,05 Euro
- Knapp 400.000 Jobs werden so schlecht bezahlt, dass sie sogar ganz unter die Niedriglohnschwelle fallen
- Bis zu 1,1 Millionen Arbeitsplätze könnten die mittelständischen Unternehmen laut einer Studie der staatlichen Förderbank KfW im laufenden Jahr streichen
- Arbeitgebervertretungen sprechen jetzt schon offen und un-

geschönt über Lohnverzicht und unbezahlte Mehrarbeit in den Betrieben

■ Mit der Frage, wie und von wem die bisher neu aufgenommenen Milliarden schulden wieder abgebaut werden können, möchte sich lieber niemand beschäftigen.

■ Zeitgleich wuchs in Deutschland im ersten Halbjahr 2020 einer Wohlstandsstudie der Schweizer Bank Credit Suisse zufolge die Zahl der Dollarmillionäre um 58.000 und beträgt nun 2,1 Millionen. Im Schatten der nicht zuletzt auch medial verfestigten Krise wächst die soziale Ungleichheit hierzulande wie weltweit, werden Arme weiter abgehängt (gerade im Bildungsbereich). 2019 waren laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit rund 1,29 Millionen Menschen, die die Regelaltersgrenze erreicht hatten, weiter erwerbstätig – 45% mehr als noch 2010, ein eindeutiges Indiz für Altersarmut.

Die Umverteilung von unten nach oben beschleunigt sich, es fallen unzählige wichtige Themen (wie die zunehmende Militarisierung, der Klimawandel, Fragen von Flucht und Migration...) unter den Coronatisch, wird die sogenannte „Digitalisierung“ mit Macht vorangetrieben und die vielen offenen Fragen hierzu (nicht zuletzt des Datenschutzes) zur Seite gewischt.

Wir erleben eine zunehmende soziale Misere, eine seit Jahren anhaltende kontinuierliche Senkung des Lebensstandards der meisten Menschen, aber auch kulturellen Verfall und eine zunehmende Tendenz in der Gesellschaft, sich autoritären politischen Strukturen zu unterwerfen. Zunehmend wünschen sich Menschen in diesen unsicheren Zeiten jemanden „mit einer starken Hand“.

Dies alles muss angesprochen, muss analysiert, in Kontext gesetzt werden und das geht nur im

gemeinsamen Gespräch, in der demokratischen Debatte, durchaus auch im Streit, doch getreu dem Motto „Fortiter in re, suaviter in modo“ – stark in der Sache, doch mild in der Methode.

Ich begrüße daher den Vorstoß der GEW Südhessen, die Corona-Debatte zu versachlichen und zu ent-emotionalisieren, um nicht nur in der GEW-Hessen wieder in die Lage versetzt zu werden, unser Augenmerk wachsam und konzentriert darauf zu richten, was alles unterhalb des Corona-Radars geschieht.

Intern muss sich die GEW weiter und verstärkt auf die wichtigen Inhalte konzentrieren und auf die Bedingungen in den Bildungseinrichtungen in und vor allem auch nach CORONA fokussieren, zum Beispiel:

- Belastungen durch erhöhte Arbeitszeit und Wechseln in den Unterrichtsformen
- fordernde Eltern
- Einschränkung bzw. Aussetzung der Mitbestimmung an manchen Schulen (SPR), den Schülern (GPRLL) und im HKM (HPRLL)
- massive Probleme mit dem Datenschutz (Videokonferenzen/digitaler Unterricht/WhatsApp...)
- die Arbeitsbedingungen der Erzieher_innen in den Kitas, welche dringend verbessert werden müssen, um dem massiven Fachkräftemangel auch hier zu entgegen
- die widrigen Umstände, welche Studierende an den Universitäten zurzeit gewärtigen müssen (verstärkt noch durch die Frage, wie und wo sich Studierende unter den gegebenen Bedingungen noch Geld verdienen können, um ihr Studium zu finanzieren)
- die Personalratswahlen in den Fokus nehmen und sich stark machen für bessere Entlastung der PR/GPRLL/HPRLL in einem neuen HPVG usw.



Tony Schwarz,
stellvertretender
Landesvorsitzender



S 21-Denkmal von Peter Lenk, Bildhauer, vor dem Stuttgarter Stadt Palais, Foto: Achim Mende

Laokoon

Das Trojanische Pferd und der neue Bahnhof S21 in Stuttgart haben etwas gemeinsam: Beide kommen als „Geschenke“ daher, und Ihr Inhalt ist brandgefährlich.

„S21 ist ein Geschenk an die Stadt Stuttgart.“ Bahnchef Grube 10.9.2010

Der Seher Laokoon warnt in der Aeneis die Trojaner eindringlich vor dem hölzernen Pferd und unser Schwäbischer Laokoon mit seinen grünen Getreuen genauso eindringlich vor dem neuen Bahnhof. Der griechische Laokoon kann nicht weiter warnen, weil ihn göttliche Schlangen erwürgen. Der Schwäbische Laokoon will nicht länger warnen, weil er sich an die längst zweifelhaft gewordene Volksbefragung zu Gunsten des Neubaus gebunden fühlt.

„S21 ist der größte technisch wissenschaftliche Betrugsfall der Deutschen Industriegeschichte.“ (Analyst Dr. C. Engelhardt 2015) So nimmt das Schicksal seinen Lauf.

Winfried Kretschmann in einer Ansprache am 12.12.2012: „dass man gebogen wird, da führt kein Weg vorbei!“ und weiter: „dass man ohne eine gute Portion Humor die Anstrengungen der Politik nicht durchhalten kann!“

Insofern ist dieses Denkmal sicher hilfreich, aber ich fürchte, für S21 bedarf es inzwischen schon einer guten Portion Galgenhumor.

Das Bundesverkehrsministerium: „Ob S21 zu klein ist, braucht erst nach Fertigstellung geklärt werden.“

Das Eisenbahnbundesamt: „Ob S21 der Brandschutz fehlt oder die Leistungsfähigkeit, braucht erst zur Inbetriebnahme geklärt werden.“

Das Eisenbahnbundesamt: „Zur Gleisneigung soll erst zur Inbetriebnahme über betriebliche Maßnahmen für die Sicherheit nachgedacht werden.“

Es bleibt zu hoffen, dass dieses Denkmal nicht noch zum Mahnmal wird.

Die Gewinner der Krise bringen sich bereits in Stellung

Mit dem folgenden Beitrag nehme ich den Gedanken von Toni Schwarz auf und knüpfe an meinen Beitrag in der letzten FLZ an. Ich befinde mich dabei in der privilegierten Lage, das gegenwärtige Chaos in den Bildungseinrichtungen nicht persönlich erleben zu müssen und gleichzeitig durch meine weiterhin intensive GEW-Begleiterteilnahme viel davon durch Berichte mitzubekommen.

Weil ich auch in den Bereich Ökonomisierung und Finanzierung von Bildung eingebunden bin und mich bei Gemeingut in BürgerInnenhand mit ökonomischen Strategien, zuletzt im Krankenhausesektor, auseinandersetze, fallen mir die politischen Handlungsmuster im Hintergrund besonders deutlich auf.

Privat wird Politik – PPP auf neuer Stufe

Während im Vordergrund medial das Corona-Geschehen in nie dagewesener Intensität die Welt in Bann hält (um es vorsichtig auszudrücken), wird hinter den Kulissen kräftig abkassiert, umverteilt, gelitten, Terrains abgesteckt, aber vor allem: Strategien entwickelt und getestet, die langfristig vieles von dem, was wir kennen, in den Schatten stellen. Man könnte überspitzt sagen, die „Verschwörungs-Praktiker“ sind unterwegs, nur, dass es nicht eine Gruppe, sondern verschiedene Fraktionen sind, die um Einfluss kämpfen. Was uns an „Verschwörungstheoretikern“ in den Medien präsentiert wird, macht es den wahnen Strategien leicht, sich als seröse Krisenmanager zu betätigen.

Der Film ÖKOZID am 18. November 2020 in der ARD hat das anschaulich gezeigt.

Als einen solchen bezeichnet sich Friedrich Merz, weshalb er auch Angela Merkel ablösen will. Interessant dabei ist, dass ihm seine prominente Tätigkeit bei Black-Rock kaum zu schaden scheint. Das zeigt für mich, dass entweder die Gewöhnung an das Wirken der neuen Finanzakteure auf die Politik schon sehr weit gediehen ist oder auf die Unkenntnis der Bevölkerung gesetzt wird. (Deshalb war auch das Black-Rock-Tribunal jüngst so wichtig, obwohl darüber fast nur in linken Medien berichtet worden ist)

Immerhin hat ja auch Olaf Scholz einen seiner Staatssekretäre von Goldman-Sachs übernommen (Kukies). Und der Berliner Finanzsenator war vorher bei PricewaterhouseCoopers, die wiederum die Autobahn-Privatisierung und die Verankerung von PPP im Grundgesetz federführend begleitet haben. Die Liste ließe sich verlängern.

Entscheidend ist, dass die Privatisierung der Politik, also ihre Unterordnung unter private Renditeinteressen, durch die Corona-Maßnahmen einen neuen Schub erhalten hat. Und dass dieser Schub von führenden westlichen Strategen, deren prominenteste Spitze das Da-

voser World Economic Forum ist, auf eine neue qualitativ höhere und weniger umkehrbare Stufe gehoben werden soll.

Privatisierung der Politik klingt abstrakt. Konkret bedeutet es, dass die Sicherung möglichst hoher Renditen auf eingesetztes Kapital noch mehr oberste Leitschnur für politische Parteien wird. Je abhängiger sich diese von den mächtigen privaten Ratgebern machen, desto größer und unumkehrbarer wird deren Einfluss. Wenn öffentlich-private Verträge wie in Berlin auf 37 Jahre festgelegt werden, ist die Bindungsdauer kaum noch zu toppen.

Für die privaten Ratgeber ist alles, was nicht Kapital ist, also der gesamte gemeinwirtschaftliche Sektor (inklusive des überwiegenden Teils der Bildung, der Polizei und Justiz, eines kleineren Teils der Gesundheitsversorgung usw.) eine Störung der Marktwirtschaft, weil es keine Renditemöglichkeit bietet, es sei denn, es wird privatisiert oder in PPP-Formen überführt. Soweit öffentliche Infrastruktur für das Kapital aber weiterhin notwendig ist, sollen sei-

ne Kosten tunlichst gesenkt und im Zaum gehalten werden.

Die prekären Arbeitsverhältnisse an Hochschulen, die standhafte Verweigerung von A-13 für Grundschullehrkräfte, die unzulänglichen Arbeitsbedingungen an Schulen und Kitas, die Unterfinanzierung des öffentlichen Sektors sind die von uns auf vielen Seiten auch dieser FLZ beklagten konkreten Folge- oder Kollateralschäden.

Wer in der Lage ist, bei den gegenwärtigen extremen Arbeitsbedingungen ausgiebiger Hintergrundinformationen zu studieren, stellt fest, dass entgegen aller ökologischen Beteuerungen (bis hinein in die CDU-CSU) weiterhin Autobahnabschnitte in PPP-Finanzierung in Auftrag gegeben werden, Stuttgart 21 trotz eines grünen OB und eines grünen Ministerpräsidenten weiter zum Milliardengrab ausgebaut wird (siehe die neue Skulptur von Peter Lenk), die Automobilindustrie bei der Entwicklung neuer Antriebe mit Milliardensummen entlastet wird, im öffentlichen Sektor Krankenhausschlüssen nach Bertelsmann-Vorschlag ungebremst weitergehen.

Während in der veröffentlichten Meinung Markt und Renditen an Prestige eingebüßt haben und eigentlich zugunsten der öffentlichen Gemeingüter zurückgedrängt gehörten, spielt sich hinter den Kulissen, also faktisch das Gegenteil ab: nicht nur business as usual wie vor der Krise, sondern verstärktes business!

Selbst offenkundig gewordenen unhaltbaren Zustände wie in der Fleischindustrie, die zu Corona-Hotspots geführt hatten, sind immer noch nicht einmal ansatzweise korrigiert, weil sich die ‚christlichen‘ Parteien weigern, das Werkvertragsmodell endlich zu korrigieren. Mit Fleisch einen Exportüberschuss zu erzielen, ist geeignet, Politik auszubremsen.

Aber die Haltung zur „Schuldenbremse“ hat sich doch geändert!?

Das glauben viele, insbesondere in Hessen, wo die CDU (diesmal mit den Grünen) zeigt, dass sie das Schuldenmachen nicht verlernt hat. Kaum ein Bundesland hat so viele neue Schulden auf einen Schlag geschaffen und mit einer derart langen Tilgungszeit ausgestattet: 12 Milliarden Euro „Sondervermögen“ mit 30-jähriger Tilgung.

GEW und Linke haben dies im Grundsatz gebilligt, weil sie die Verankerung des Kreditaufnahmeverbots in die Verfassung zusammen mit 30 Prozent der Bevölkerung als ökonomisch falsch ansehen. Denn wer mangels Finanzierungsmöglichkeit eine vernachlässigte Infrastruktur der nächsten Generation hinterlässt, handelt nicht generationengerecht.

Allerdings wurden und werden GEW und Linke nicht müde, die Ablösung von Schulden durch

Montgomery,

der als Chef der Bundesärztekammer durchaus zur deutschen Elite gehört, wurde in den hr-1-Nachrichten zitiert, dass Lehrer auch mal Doppelschichten einlegen sollten, das Pflegepersonal in den Krankenhäusern müsse das ja auch. (Originalmeldung bei dpa 17.11.20)

eine alternative Steuerpolitik zu fordern. Diese aber fürchten Wirtschaftsliberale wie CDU und FDP wie der Teufel das Weihwasser. In der letzten FLZ habe ich dazu ein Beispiel aus der Plenardebatte im Landtag gegeben.

Inzwischen hat die SPD zusammen mit der FDP Klage gegen die hessische Kreditaufnahme beim Staatsgerichtshof eingereicht. Ihr Gutachter hat bereits in NRW Verschuldungshaushalte erfolgreich zu Fall gebracht.

Damit verbessern sich unsere gewerkschaftlichen Kampfbedingungen nicht. Denn wenn die Klage erfolgreich sein sollte, sind davon auch die beiden hessischen Nachtragshaushalte für 2020 betroffen. Was dies für unsere Forderungen bedeutet, müsste dann neu abgeschätzt werden.

Bisher ist jedenfalls von unserem 500-Millionen-Programm kaum etwas umgesetzt. Unsere Ar-

beitswirtschaftlichen Sektor zu bekommen.

Die Frage ist nur, wovon sich dieser Optimismus nährt. Insbesondere, wenn man die eingangs geschilderte verstärkte Zusammenarbeit zwischen Staat und privaten Konzernen zur Renditensicherung in Erinnerung ruft.

Eine noch entscheidendere Konsequenz aber ist, dass eine alternative Steuerpolitik weitgehend aus der politischen Wahrnehmung und aus dem politischen Aktionsbereich genommen wird.

Damit werden von vornherein alle Möglichkeiten, an die verschärfte Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen heranzugehen und an ihrer Überwindung zu arbeiten, zum Scheitern verurteilt. Piketty hätte sich dann den zweiten Band („Kapital und Ideologie“) sparen können.

Und die GEW würde sich mit ihren Vorschlägen noch schwerer tun als je zuvor.

Wie man sieht, hat Toni Schwarz recht: Wir müssen uns jenseits der Tagesmühe und Last schon jetzt zumindest Gedanken machen, wie wir noch mehr vom Schlechten verhindern und grundsätzlich falsche Weichenstellungen verhindern.

Dazu aber gehört die Aufklärung und die kritische Diskussion des Gesamtsystems.

Herbert Storm



Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts Neue Finanzakteure haben nach der Finanzkrise die bisherigen Großbanken abgelöst. Blackrock & Co sind nun die Eigentümer von Banken und Industriekonzernen. Hinzukommen Private-Equity-Fonds, Hedgefonds, Wagniskapital-Investoren und Investmentbanken. Mit Digital-Giganten wie Amazon, Facebook, Google, Microsoft, Apple und Uber haben die neuen Finanzakteure schon vor Donald Trumps »America First« die US-Dominanz in der EU verstärkt. Arbeits-, Wohn-, Ernährungs- und Lebensverhältnisse: Die neue Ökonomie dringt in die feinsten Poren des Alltagslebens von Milliarden Menschen ein. Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts verstecken ihre Eigentumsrechte in vier Dutzend Finanzoasen, fördern rechtspopulistische Politik, stützen sich auf eine zivile, transatlantische Privatarmee von Beratern und kooperieren in Silicon-Valley-Tradition mit Militär und Geheimdiensten.

Die Gewinner der Krise bringen sich bereits in Stellung“ habe ich in FLZ 3/20 getitelt:

- Die IT-Branche, besonders die „GAFAM“ (Big Five genannten US Technologie-Unternehmen Google, Amazon, Facebook, Apple und Microsoft) und die Lernmittelunternehmen,
- der digitalisierte Versandhandel mit Amazon an der Spitze, aber auch Online-Essensbestelldienste wie Delivery Hero, welcher jetzt sogar in den DAX aufgenommen wurde,
- die aufkaufenden Finanzinstitute wie Blackrock, die einen wahren Supermarkt an notleidenden Mittelstandsunternehmen vorfinden,
- die Pharmabranche,
- und einige weitere, nicht zuletzt die Rüstungswirtschaft.

beitszeitstudie ruft nach Antworten. Und die nächste Tarif- und Besoldungsauseinandersetzung steht ins Haus.

Die Wirtschaft mit Geld fluten?

Die Bundesregierung stellt 2020 und 2021 zusammen knapp 1.500 Milliarden Euro bereit. Das entspricht etwa 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Ein solcher Staatsschuldenanstieg in Friedenszeiten ist historisch einmalig.

Hinter den Kulissen gibt es auf globaler Ebene Bestrebungen, den Zugang von Regierungen zum Zentralbankgeld zu erleichtern und die Wirtschaft dauerhaft mit Geld zu fluten, solange die Inflationsrate niedrig bleibt. Teile der Linken begrüßen diese Entwicklung, weil sie glauben, damit verbesserte Möglichkeiten für den öffentlichen ge-

Fit für Fernsehen, Radio & Co.

„Wer vor Kameras und Mikrofon tritt, sollte sich coachen lassen“, meint der Fernsehjournalist und Medientrainer Andreas Hieke

„In der Kürze liegt die Würze!“, heißt es in Shakespeares Hamlet (Brevity is the soul of wit) – ausgerechnet vorgetragen von einer Figur, die weitschweifend um den heißen Brei redet. Und damit sind wir schon beim Kern des Problems.

Der Fluch der Kürze

Besonders Intellektuelle, LehrerInnen, ProfessorInnen, tun sich oft schwer, Aussagen knapp auf den Punkt zu bringen, weil sie gewohnt sind zu argumentieren, in längeren Aufsätzen oder Vorträgen ihre Positionen umfangreich zu begründen, das Für und Wider abzuwägen. Das schafft niemand in 20 Sekunden. Das ist aber die Länge eines durchschnittlichen Fernsehstatements in Nachrichten und Magazinbeiträgen. Live-Interviews bieten etwas mehr Zeit, aber auch deren Länge wird von vielen überschätzt. Die meisten Interviews in

der Hessenschau sind nicht länger als zweieinhalb bis drei Minuten. Wenn man das ins Verhältnis zu einer 45-minütigen Schulstunde setzt, bekommt man ein Gefühl, wie kurz das ist. Trotzdem kann man in der Zeit viel sagen, wenn man es geübt hat.

Kürze braucht gute Vorbereitung

Eine wichtige Übung in meinen Trainings ist es, Kernaussagen zu formulieren. Das sind sozusagen die Überschriften, aus denen dann die Statements abgeleitet werden. Dazu analysieren wir gründlich die Kommunikationsziele des Trainees, die Stärken aber auch Schwächen seiner Argumente. Man kann sagen, je länger man nachdenkt, umso kürzer kann man am Ende formulieren. Wie alles im Leben muss auch das geübt werden, am besten vor einer Kamera mit anschließender Analyse.

Online-Training ist mehr als ein Ersatz

In der Corona-Zeit biete ich meinen KundInnen Online-Trainings. Das

funktioniert sehr gut und lässt sich oft kurzfristig organisieren. Neben der Zeitersparnis durch wegfallende Wege hat man den Vorteil, dass man auch gleich die Situation üben kann, in der viele mittlerweile interviewt werden, nämlich zuhause am Computer per Video-Telefonat. Auch hier liegen die Tücken im Detail. Bildausschnitt, Hintergrund, Beleuchtung – da kann ich als Medienprofi wertvolle Tipps geben. Gut vorbereitet kann man dann überzeugend die eigenen Ziele und Positionen vermitteln sowie sich selbst und die Organisation, die man vertritt, souverän präsentieren.

www.bieke.tv

Hinweis:

Der GEW BV Frankfurt erwägt, angesichts zunehmender Medienanfragen aufgrund des aktuellen Geschehens eine Schulung mit Andreas Hieke zu planen, in Zusammenarbeit mit LEA. Dazu müssen zunächst die finanziellen Bedingungen und der TeilnehmerInnenkreis geklärt werden. Interessenten können sich gern an den BV wenden.



Attac-Bildungsmaterial:

„Klimaneutral und sozial gerecht. Wege in die Gesellschaft der Zukunft“

Heute ist das neue Attac-Bildungsmaterial „Klimaneutral und sozial gerecht. Wege in die Gesellschaft der Zukunft“ erschienen. Es kann im Unterricht (ab Sek. I mit Schwerpunkt Sek. II) und in der außerschulischen Bildung eingesetzt werden. Die hochaktuellen Materialien laden unter anderem zu einem Vergleich der politischen Reaktionen auf die Covid19-Pandemie mit denen auf den Klimawandel ein, sie enthalten ein Interview mit Aktivist*innen aus dem besetzten Dannenröder Wald, die gerade bundesweit Schlagzeilen machen und sie thematisieren den von der EU-Kommission angekündigten ‚Grünen Deal‘.

Im Zentrum der vier Module stehen Fragen der sozialen Gerechtigkeit, die mit der Umstellung auf Klimaneutralität verbunden sind und die sich auf globaler, europäischer und nationaler Ebene stellen.

In **Modul I** geht es um die globale Dimension: Wer hat den Klimawandel verursacht, wer ist davon wie betroffen und welchen Beitrag müssen die alten Industriestaaten im Verhältnis zum Rest der Welt leisten?

Modul II fragt nach der Mobilität der Zukunft: Kann Individualverkehr die Lösung sein, woher kommen die Rohstoffe und der Strom für die Elektroautos und welche Perspektiven werden für Lohnabhängige aus den fossilen Industrien geschaffen?

In **Modul III** geht es um finanzielle Fragen: Was hat das Klima mit den Finanzmärkten zu tun, sind CO₂-Steuern sozial gerecht und gibt es eine klimafreundliche Geldpolitik?

Modul IV schließlich verknüpft all das mit Möglichkeiten der politischen Partizipation: Wie kann ich vor Ort aktiv werden, um für meine Vorstellung einer klimaneutralen und gerechten Gesellschaft zu streiten?

Auch im sechsten Material aus der Reihe „Wirtschaft demokratisch ge-

stalten lernen“ wurde auf aktivierende Methoden und kooperative Lernformen Wert gelegt. Das rund 140 Seiten starke Attac-Bildungsmaterial „Klimaneutral und sozial gerecht“ erscheint sowohl online als auch gedruckt. Die Druckversion kann in Kürze im Attac-Webshop bestellt werden (Vorbestellungen per Mail an bildung@attac.de). Auf der Internetseite www.attac.de/bima stehen die Materialien als PDF-Dokumente kostenlos zum Download bereit. Zudem werden dort Videos bereitgestellt, die im Material vorgesehen sind und via Smartphone, Tablet oder PC in den Unterricht oder in Bildungswerkshops eingebunden werden können.

Hier der direkte Link zum neuen Material:

<https://www.attac.de/bildungsangebot/bildungsmaterial/wirtschaft-demokratisch-gestalten-lernen/klimaneutral-und-sozial-gerecht-wege-in-die-gesellschaft-der-zukunft/>

Bei dieser Gelegenheit noch zwei Hinweise:

1) Im Youtube-Kanal von Attac ist eine Reihe kurzer Erklärfilme rund um soziale Fragen im Zusammenhang mit Corona zu finden, darunter dieser Film zur Verschärfung der Bildungsungleichheit in der Pandemie: <https://www.youtube.com/watch?v=F8PwmmB46hl&list=PLm59QYqNk6tFk89bsA5EFCihnh6cZAKFS&index=82>
Passend zu unserem neuen Material findet nächste Woche die Public Climate School der Students for Future statt: <https://studentsforfuture.info/schule-neu-denken/>

Wir freuen uns, wenn diese Infos an weitere potenzielle Interessierte weitergegeben werden. Wer diesen Newsletter bestellen oder Feedback und Anregungen zum Material geben möchte, kann mir eine Mail an bildung@attac.de schreiben.

Beste Grüße aus dem Attac-Bundesbüro,

Holger Oppenhäuser

Zum 200. Geburtstag von Friedrich Engels

Die Kunst des Aufstands

Studien zu Revolution, Guerilla und Weltkrieg bei Friedrich Engels und Karl Marx

Am 28. November 2020 erinnert man sich an den 200jährigen Geburtstag von Friedrich Engels. Sein Werk als Militärhistoriker und Theoretiker des asymmetrischen Krieges wurde bisher kaum beachtet und zudem unter dem Einfluss des Kalten Krieges, wenn überhaupt, verzerrt dargestellt. So wird Engels in dem ansonsten ausgezeichneten Buch: „Der Erste Weltkrieg 1914–1918“ von M. Pöhlmann u.a., herausgegeben für das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSb), auf 382 Seiten mit keinem Wort erwähnt, obwohl er diesen Krieg in nahezu allen Punkten genau prognostizierte.

In dem Buch „Wilfried Metsch: Die Kunst des Aufstands – Studien zu Revolution, Guerilla und Weltkrieg bei Friedrich Engels und Karl Marx – Mandelbaum Verlag, 2020“ hat der Autor auf 30 Seiten (3. Kapitel) Engels Ansichten über den drohenden 1. Weltkrieg zusammengefasst: Engels hat zum Beispiel nicht nur Anlass, Dauer, Bündnisrelationen, Englands Seesperre, die Revolutionierung der Kriegsmittelwaffen, Massenheere und Menschenverluste, den politischen Sturz der alten Kaiserreiche vorausgesehen, sondern – was Militärhistoriker besonders interessieren sollte – den Schlieffenplan sowie sein Scheitern.

Mehr als 40 Jahre vor dem Ausbruch des Weltkrieges, analysierte Engels präzise die späteren Marschrouten des kaiserlichen Heeres 1914 – unter Verletzung der Neutralität von Luxemburg und Belgien – und erkannte, dass an der Marne



Lebensjahren eine „neue revolutionäre Taktik“ entwickelte, die gerade in militärischer Hinsicht von epochaler Bedeutung ist und von der traditionellen Militärgeschichtsschreibung des „Ostblocks“ konsequent verschwiegen wurde, da es die führende Rolle der Arbeiterklasse in Frage stellen könnte.

Aufgrund der asymmetrischen Kampfbedingungen verlangt Engels nicht nur zunächst die Mehrheit des Volkes/Arbeiterklasse durch Wahlen politisch zu erobern, sondern ebenso die Mehrheit der Arbeiterrekruten im Heer – also die Revolutionierung wichtiger Teile der Armee.

Dies genügt aber nicht, wenn man möglichst human, unblutig die Revolution durchführen will – was sein Anspruch ist. Vielmehr „muss die Revolution von der Armee ausgehen“ und in Deutschland „kann die Revolution nur von der Armee ausgehen“, um unter den Bedingungen der modernen Kriegstechnik ein Blutbad unter den Aufständischen zu vermeiden. Die Armee soll den Volksmassen durch ihr Engagement auf der Strafe den Weg für eine weitgehend friedliche Machteroberung ebnen, was auch historisch in der Oktoberrevolution in Russland und in der Novemberrevolution in Deutschland stattfand, was der Autor in historischen Rekursen nachweist.

Wilfried Metsch bei: Mandelbaum Verlag, edition kritik & utopie, 216 S., EURO 18,-

PS: Willi Metsch gehörte in seiner Zeit als Aufsichtsrat bei Berlitz auch dem GEW-Betriebsvorstand Frankfurt an.

UNESCO schlägt Alarm

Corona-Pandemie gefährdet Bildungsziele

Bei dem internationalen Treffen im Oktober 2020 wurde klar, dass Covid 19 die Ziele der *Agenda Bildung 2030* der Vereinten Nationen gefährdet und bestehende Ungleichheiten noch verschärft.

In der zweiten Oktoberhälfte fand das größte Bildungstreffen der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) seit Ausbruch der Corona-Pandemie statt. Staatsoberhäupter, Regierungschefinnen und -chefs, Ministerinnen und Minister sowie Delegierte internationaler Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, von Bildungsgewerkschaften und der Wissenschaft tauschten sich über die Folgen der Covid-19-Pandemie für die Bildung aus und verabschiedeten Maßnahmen, um die Krise zu bewältigen.

Mehr Geld in Bildung investieren

Die Teilnehmenden äußerten in der Erklärung „Draft 2020 GEM Declaration“ die Besorgnis, dass die mit der Corona-Pandemie einhergehende Bildungskrise das Erreichen der Bildungsziele der Globalen Nachhaltigkeitsagenda 2030 gefährde und bestehende Ungleichheiten festige.

Daher bekräftigten sie die Notwendigkeit, in das Bildungswesen mehr zu investieren. Außerdem betonten sie die Bedeutung multilateraler Zusammenarbeit und vereinbarten eine Reihe gemeinsamer Maßnahmen, um die globale Bildungskrise zu überwinden. Hierzu gehören:

- Unterstützung des Bildungspersonals
- Weiterbildung in digitalen und pädagogischen Kompetenzen
- Verbesserung digitaler Angebote und des Zugangs für Lernende

- Beibehaltung oder Erhöhung der nationalen und internationalen Bildungsaufwendungen

Hintergrund:

2015 hatte sich die Weltgemeinschaft mit der Verabschiedung der Globalen Nachhaltigkeitsagenda der Sustainable Development Goals dazu verpflichtet, bis 2030 eine inklusive, hochwertige und chancenreiche Bildung aller Menschen ein Leben lang sicherzustellen.

„Nur mit Bildung sind die Folgen der Pandemie in den Griff zu bekommen.“ (Walter Hirche)

Walter Hirche, Minister a. D. und Vorsitzender des Fachausschusses Bildung der Deutschen UNESCO-Kommission sagte: „Der durch die Covid-19-Pandemie entstandene ökonomische Schaden bringt die Gefahr mit sich, dass auch die weltweite Finanzierung für Bildung zurückgeht. Darunter leiden am meisten diejenigen, die bereits vor der Krise benachteiligt waren. Wir müssen jetzt deutlich machen, dass Investitionen in Bildung keine nachrangigen Belastungen darstellen. Im Gegenteil: Nur mit Bildung sind die Folgen der Pandemie in den Griff zu bekommen.“

Deutschland verfehlt Ziel

Am vorausgehenden Tag hatte der World University Service die aktuellen Daten über die Aufwendungen der OECD-Staaten für entwicklungsbezogene Informations- und Bildungsarbeit veröffentlicht: Deutschland verfehlt (mit 0,66 Prozent) die Empfehlung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, drei Prozent der Gesamtaufwendungen der Entwicklungszusammenarbeit hierfür bereitzustellen.

GEW, 3. November 2020

LabourStart

In den dreißig Jahren bis 2016 wurden laut Gewerkschafter*innen in Kolumbien 990 ihrer Kolleg*innen ermordet. Weiteren 3000 wurde mit Mord gedroht.

Education International has launched groundbreaking new research which maps the extent of private actors' influence in education since the start of the COVID-19 pandemic. The research has been commissioned as part of Education International's Global Response to the Commercialisation and Privatisation of Education.

The authors of the research, Ben Williamson (Edinburgh University) and Anna Hogan (Queensland University), today presented their research findings in a virtual webinar for education unions globally.

The global education industry is capitalising on the education crisis

The report, Commercialisation and privatisation in/of education in the context of COVID-19, shows that the Global Education Industry is capitalising on the education crisis.

Since school closures, there has been a huge upsurge in profitmaking for education technology (edtech) companies. Commercial companies have increased their involvement in public education through entering into new pandemic networks – multi-stakeholder coalitions including edtech companies, major transnational corporations, international organisations such as UNESCO, the OECD and the World Bank, national governments and other actors.

The pivot to distance learning has allowed private actors to position themselves at the centre of essential education services—not just as a response to the crisis and the need for emergency remote teaching—but for the long term.

Published by
Education International
10. Juli 2020



Gedenkveranstaltung am 18. Oktober 2020 auf der Place de la République in Paris – Foto: Siren-Com, Public domain, via WikiCommons

Terroranschlag in Frankreich: GEW zeigt sich solidarisch mit französischen Lehrkräften

Nach der Enthauptung eines Lehrers in einem Vorort von Paris hat die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe den Lehrkräften in Frankreich ihr Mitgefühl und ihre Unterstützung ausgesprochen.

Die GEW ist bestürzt über den brutalen Mord an dem französischen Geschichtslehrer Samuel Paty in einem Pariser Vorort. In einem Schreiben an die Bildungsgewerk-

schaften in Frankreich drückte die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe ihr Mitgefühl und ihre Unterstützung aus: „Wir kondolieren der Familie unseres Kollegen und stehen in tiefer Trauer an der Seite der Lehrkräfte in Frankreich. Wir werden weiterhin gemeinsam mit unseren Partnergewerkschaften in Frankreich gegen Terrorismus kämpfen. Demokratieverziehung und politische

Bildung sind ein unverzichtbarer Bestandteil öffentlicher Bildung.“

Der 47 Jahre alte Geschichtslehrer war am Freitag in der Nähe seiner Schule in Conflans-Sainte-Honorine von einem 18-jährigen enthaupet worden. Er hatte anhand der Mohammed-Karikaturen das Thema Meinungsfreiheit im Unterricht behandelt.

GEW, 19. Oktober 2020

Todesdrohungen gegen Bildungsgewerkschafter in Kolumbien

Campaign Launched to Combat Death Threats Against Trade Unionists

Renewed death threats against education union leaders in Colombia have prompted a global support and solidarity campaign in protest against the continued repression and deaths, which now number more than 6,000.

In a statement released today, 2 October, Education International (EI) called on its members and the global education community to express their outrage at the new death threats received by members of the Executive Committee of the Federación Colombiana de Educadores (FECODE).

New Threats

On 26 October, death threats were made against to all fifteen members of the Executive Committee of FECODE, as well as Diógenes Orjuela, president of the Confederación Sindical CUT and a former professor and leader of FECODE. The threats took the form of a funeral wreath with the words „Rest in Peace“. Sixteen candles and obituaries with the name of each of the threatened union leaders were also delivered to the home of Carlos Rivas, Secretary of Legal Affairs for FECODE.

Repression of Union Activists and Defence of Education

The threats follow union-led nationwide efforts to address the country's social, health, educational and economic crisis. FECODE leads initiatives to defend public education and democracy and to promote schools as zones of peace by fostering inter-community dialogue. The teachers' union also remains firmly committed to the full implementation of the Peace Agreement.

Neoliberal Measures

Government measures to increase labour market flexibility, reduce the scope of collective bargaining and impose limits on the right to strike have been accompanied by a systematic campaign of defamation and hatred on social networks aimed at FECODE in an attempt to silence teachers and their unions.

Over 6,000 Deaths zwischen 1986 und 2016

According to a new report published by FECODE and the Escuela Nacional Sindical there were 6,119 violations of the right to life, physical integrity and freedom of education unionists in Colombia bet-

ween 1986 and 2016. These include 990 murders, 78 forced disappearances and 49 attempted murders, in addition to over 3,000 threats and more than 1,500 forced displacements.

International Solidarity

A campaign to raise awareness and show solidarity has been set up on Labourstart and can be accessed here.

EI and its Regional Committee for Latin America have expressed serious concern over the chronic lack of safety measures for teachers and trade unionists in Colombia. They have submitted official letters to Colombian president Iván Duque demanding immediate protection for all members of the FECODE Executive Committee, noting that more than 1,000 teachers and trade unionists have been killed in Colombia in the last 25 years. – EI has also alerted UN agencies, including the ILO, UNESCO and the UN Commission on Human Rights, and has relayed detailed information on the situation to the wider trade union and human rights community.

Education International,
published 2 November 2020



„Wir kennen die Sorgen unserer Kinder. Wir kennen ihre häusliche Situation. Für uns haben die Statistiken zu Kindeswohl und Bildungsgerechtigkeit, die Sie so gerne heranziehen, Namen und Gesichter.“

„Wir leiden unter viel zu wenig Personal, bereits vor der Pandemie. Krankheiten werden wochenlang mit Vertretungen, zusätzlichen unvergüteten Stunden und doppelten Klassenführungen ausgeglichen. ... Wir sollen nun telefonische Elterngespräche führen...mit einem einzigen Schultelefon?!“



„Außerhalb der Schule darf sich nur noch mit einem Haushalt getroffen werden, aber innerhalb der Schule drängeln sich Personen aus hundert verschiedenen Haushalten durch die Flure und Treppenhäuser und es gibt kaum Möglichkeiten Abstand zu halten! Wo liegt da der Sinn? Selbst Restaurants etc. haben ein besseres Hygienekonzept und müssen trotzdem schließen.“

„Es soll gelüftet werden... Es soll gelüftet werden? Wie soll das im Winter aussehen? Ständiger Wechsel von warm-kalt? So kann man Lehrkräfte und Lernende auch krank machen. Arbeitsschutz? Gesundheitsschutz? Die Bildung steht über allem?“

„(...) Mit den übrigen Finanzmitteln sollten endlich sogenannte HEPA Luftfilter angeschafft werden, die der Aerosolforscher der Frankfurter Universität, Herr Prof. Dr. Curtius, empfiehlt und die in der Lage sind, 99,9% aller Viren aus der Luft zu filtern. Damit würde das Ansteckungsrisiko von Schülern und Lehrkräften vermieden und auch das Ausfallrisiko durch Erkältungen aufgrund permanenter Lüftungsausgeschlos- sen. Ein Gerät kostet z.B. von Philipps nur 144 Euro. Es wäre also ein Leichtes und vor allem sehr kostengünstig, sämtliche Schulen Hessens innerhalb von zwei Wochen damit auszustatten. Stattdessen scheint dem Kultusministerium jedoch weder die Zukunft (Stichwort fehlende Digitalisierung) der Schüler und Lehrer, noch deren Gesundheit von ernsthaftem Interesse zu sein. Denn sonst hätte man

openPetition - und hunderte Kommentare!

Das Hessische Kultusministerium trägt die Verantwortung für den vorgelegten Stufenplan und darf diese nicht auf die kommunalen Behörden und Entscheidungsträger abwälzen. Um flächendeckende Schulschließungen zu verhindern, müssen die Schulen zum Wechselmodell zwischen Präsenzunterricht und Distanzunterricht übergehen. Hierfür haben die Schulen bereits im Frühjahr praktikable Konzepte entwickelt, die weiter ausgebaut werden. Auch die Inhalte des Lernens müssen an diese besondere Situation angepasst werden. Es muss dafür gesorgt werden, dass Schülerinnen und Schüler mit nicht ausreichender digitaler Anbindung und schwierigen häuslichen Arbeitsbedingungen nicht benachteiligt werden.

Hessen braucht ein Konzept für den Unterricht unter Pandemiebedingungen!

Und zwar jetzt!

Die Berufstätigkeit der Eltern muss bei dem Wechselmodell bzw. komplettem Distanzunterricht berücksichtigt werden. Die Landesregierung muss für notwendigen Ausgleich und eine entsprechende Betreuungsmöglichkeit sorgen.

Die Schulen brauchen dringend mehr Personal. Es müssen weitere TV-H-Kräfte eingestellt werden. Hierfür sind die Mittel in Höhe von 150 Millionen Euro aus dem Corona-Sondervermögen zu verwenden.

Die technische Ausstattung mit qualitativ hochwertigen Lüftungsgeräten muss jetzt erfolgen. Die zugesagten 10 Millionen Euro der Landesregierung sind ein erster Schritt. Sie müssen schnell an die Schulträger gegeben werden, damit die Schulen die Lüftungsgeräte erhalten.

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur muss erheblich beschleunigt werden. Die digitalen Endgeräte für Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte müssen beschafft und jetzt ausgegeben werden.

Wir fordern außerdem den Kultusminister auf, sich jetzt mit allen Beteiligten, den Schülerinnen und Schülern, den Eltern, den Gewerkschaften und Verbänden, Kinder- und Jugendmedizinerinnen und -mediziner sowie Virologinnen und Virologen darüber zu beraten, wie alle gemeinsam den Schulbetrieb an den hessischen Schulen in den nächsten Monaten gestalten können.

<https://www.openpetition.de/petition/online/hessen-braucht-ein-konzept-fuer-den-unterricht-unter-pandemiebedingungen>

beispielsweise schon vor Jahren kleinere Klassen verwirklicht, viel mehr Lehrer eingestellt, die Digitalisierung vorangetrieben und Luftfilter bereits im Sommer angeschafft.“

„Weil die vollkommen planlose und verantwortungslose Art, mit in der die Landesregierung mit den Schulen verfährt, eine Katastrophe ist.“



„Es scheint, dass für die Parole ‚wir müssen die Schule offenhalten‘ jedes Mittel recht ist.“

„Die derzeitige Situation an den Grundschulen ist ein offener Feldversuch zu Lasten der sich dort aufhaltenden Lehrer*innen und Schüler*innen. ... Schulen haben offensichtlich einen Corona-Sonderstatus. Warum

werden keine Klassen halbiert? Warum wird nicht auf Vormittag und Nachmittag gestreckt etc.? So wie es aussieht, sind intelligente Lösungen zu anspruchsvoll! Ein tragfähiges Konzept für Unterricht unter Pandemiebedingungen ist dringend notwendig.

„Die Gesundheit von Kolleg*innen und Schüler*innen darf kein Experimentierfeld sein. Jeden Tag in engen Räumen mit bis zu 200 Personen und danach darf man weder in Fitness-Studios noch in Restaurants. Das ist inakzeptabel!“

„Der Befehlshaber oben folgt aber nicht den Zielen Schutz von SchülerInnen, LehrerInnen und Gesellschaft sondern ganz anderen wirtschaftlichen Interessen. Ich wünsche mir, dass alle Ihren Kopf einschalten und entsprechend handeln.“



„Wenn ein Lockdown für Bildungseinrichtungen verhindert werden soll, brauchen wir jetzt die Möglichkeit zur Klarsenteilung und, mit Blick auf den Winter, Luftfilter in allen Unterrichts- und Betreuungsräumen.“

„Wir haben seit einer Woche infizierte Schüler und Kollegen. Stand heute (3.11.2020) sind 9 Klassen und 20 Kollegen in häuslicher Quarantäne bzw. Absonderung. Regulärer Unterricht ist von Tag zu Tag weniger möglich. Ich fahre das volle schulische Programm plus Vertretungsunterricht und soll eine Klasse in Quarantäne auch noch online beschulen. Es reicht!!! Ein sinnvolles Konzept muss her.“

„Die Schulleitungen arbeiten an 7 Tagen in der Woche und müssen rund um die Uhr erreichbar sein! ... Ständig müssen neue Szenarien geplant und durchgeführt werden. Wir brauchen DRINGEND Hilfe!!! Ansonsten wird das nicht mehr lange gut gehen...“



(...)